

BP Family Office Fund

Treuhandvertrag

und

Prospekt

AIF (Alternative Investment Fund) nach liechtensteinischem Recht
in der Rechtsform der Kollektivtreuhänderschaft

für qualifizierte / professionelle Anleger

Stand: 10. Oktober 2019

(nachfolgend der „AIF“)

(Singlefonds)

AIFM:



FUND MANAGEMENT AG

**CAIAC Fund Management AG
Haus Atzig, Industriestrasse 2,
FL-9487 Benden**

Hinweis für Anleger / Verkaufsbeschränkung

Dieser Prospekt stellt kein Angebot und keine Aufforderung zur Zeichnung von Anteilen des AIF durch eine Person in einer Rechtsordnung dar, in der ein derartiges Angebot oder eine solche Aufforderung ungesetzlich ist oder in der die Person, die ein solches Angebot oder eine Aufforderung ausspricht, nicht dazu qualifiziert ist oder dies einer Person gegenüber geschieht, der gegenüber eine solche Angebotsabgabe oder Aufforderung ungesetzlich ist.

Der Erwerb von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis der konstituierenden Dokumente, bestehend aus diesem Prospekt und Treuhandvertrag sowie des letzten Jahresberichtes. Gültigkeit haben nur die Informationen, die in den konstituierenden Dokumenten enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten die konstituierenden Dokumente als durch den Anleger zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Informationen, die nicht in den konstituierenden Dokumenten oder der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumenten enthalten sind, gelten als nicht autorisiert und sind nicht verlässlich. Potenzielle Anleger müssen sich eigenständig über mögliche steuerliche Konsequenzen, die rechtlichen Voraussetzungen und mögliche Devisenbeschränkungen oder -Kontrollvorschriften informieren, die in den Ländern ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthaltsortes gelten und die bedeutsam für die Zeichnung, das Halten, den Umtausch, die Rücknahme oder die Veräusserung von Anteilen sein können. Weitere steuerliche Erwägungen und vor allem Risiken sind in den konstituierenden Dokumenten erläutert.

Der AIF ist nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. In Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ sind Informationen bezüglich des Vertriebs in verschiedenen Ländern enthalten. Bei der Ausgabe, beim Umtausch und Rücknahme von Anteilen im Ausland können die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Ein Verkauf von Fondsanteilen an US-Bürger ist ausgeschlossen (dies betrifft Personen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder dort ihr Domizil haben und/oder dort steuerpflichtig sind, oder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die gemäß den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise eines Bundesstaates, Territoriums oder einer Besitztum der Vereinigten Staaten gegründet werden). Die Anteile wurden und werden nicht nach dem United States Securities Act aus dem Jahr 1933 in seiner geltenden Fassung (das "Gesetz von 1933") oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates oder einer Gebietskörperschaft der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihrer Territorien, Besitzungen oder sonstiger Gebiete registriert, die ihrer Rechtshoheit unterstehen, einschließlich des Commonwealth von Puerto Rico (die "Vereinigten Staaten"). Sollten sich nach Begründung der Geschäftsbeziehung zu dem AIF die persönlichen Verhältnisse des Anlegers derart ändern, dass er als US-Bürger im Sinne der vorstehenden Definition zu qualifizieren ist, ist der Anleger verpflichtet die Anteile unverzüglich zu veräußern und den AIFM vollumfänglich zu informieren. Alternativ darf der AIFM die Anteile zwangsweise einseitig zurücknehmen und auf Basis des sodann relevanten NAV den Anleger seine Anteile auszahlen.

Die Anteile dürfen nicht in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen werden. Spätere Übertragungen von Anteilen in den Vereinigten Staaten bzw. an US-Personen sind ebenfalls unzulässig.

Der AIF wurde und wird weder nach dem United States Investment Company Act aus dem Jahr 1940 in seiner geltenden Fassung noch nach sonstigen US-Bundesgesetzen registriert. Dementsprechend werden Anteile weder in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen.

Die Anteile wurden von der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (der "SEC") oder einer sonstigen Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten weder zugelassen, noch wurde eine solche Zulassung verweigert; darüber hinaus hat weder die SEC noch eine andere Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten über die Richtigkeit oder die Angemessenheit dieses Prospektes und des Treuhandvertrages bzw. die Vorteile der Anteile entschieden.

Die Anleger haben unter Einhaltung der Vorgaben der konstituierenden Dokumente das Recht den Rückkauf und die Rücknahme Ihrer Anteile zu veranlassen und die vom AIFM für den AIF bereitgestellten Informationen zu beziehen. Die Anleger haben auch jederzeit das Recht ihre Beschwerden an den AIFM zur ordnungsgemässen Bearbeitung zu senden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der AIF über eine Kündigungsfrist von 3 Monaten auf den Bewertungstag verfügt.

Qualifizierte Anleger nach liechtensteinischem Recht können als Privatanleger nach MIFID II anzusehen sein.

Inhaltsübersicht

Die Organisation des AIFM im Überblick	5
Der AIF im Überblick	5
Teil I Prospekt	6
1 Verkaufsunterlagen	6
2 Der Treuhandvertrag	6
3 Allgemeine Informationen zum AIF	6
4 Allgemeine Informationen zum AIF	6
5 Organisation	7
6 Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen	8
7 Anlagen	8
8 Risikohinweise	8
9 Beteiligung am AIF	16
10 Verwendung der Erträge	17
11 Steuervorschriften	18
12 Kosten und Gebühren	19
13 Informationen an die Anleger	19
14 Dauer, Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen des AIF	19
15 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache	20
16 Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer	20
Teil II Treuhandvertrag des BP Family Office Fund	21
Präambel	21
I. Allgemeine Bestimmungen	21
Art. 1 Der AIF	21
Art. 2 Der AIFM	21
Art. 3 Aufgabenübertragung	21
Art. 4 Verwahrstelle	21
Art. 5 Primebroker	22
Art. 6 Wirtschaftsprüfer	22
II. Vertrieb	22
Art. 7 Vertriebsinformationen / Verkaufsrestriktionen	22
Art. 8 Qualifizierter Anleger / Professioneller Anleger	22
III. Strukturmassnahmen	24
Art. 9 Allgemeines	24
Art. 10 Verschmelzung	24
Art. 11 Informationen, Zustimmung und Anlegerrechte	24
Art. 12 Kosten der Verschmelzung	25
Art. 13 Umgestaltung eines Master- oder Feeder-AIF in einen AIF und umgekehrt	25
IV. Auflösung des AIF und seiner Anteilsklassen	25
Art. 14 Im Allgemeinen	25
Art. 15 Beschluss zur Auflösung	25
Art. 16 Gründe für die Auflösung	25
Art. 17 Kosten der Auflösung	25
Art. 18 Auflösung und Konkurs des AIFM bzw. der Verwahrstelle	26
Art. 19 Kündigung des Verwahrstellenvertrages	26

V.	Bildung von Teilfonds und Anteilsklassen	26
Art. 20	Bildung von Teilfonds.....	26
Art. 21	Anteilsklassen	26
VI.	Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen	26
Art. 22	Anlagepolitik.....	26
Art. 23	Zugelassene Anlagen	26
Art. 24	Derivateinsatz, Techniken und Instrumente	26
Art. 25	Anlagegrenzen.....	27
VII.	Bewertung und Anteilsgeschäft	28
Art. 26	Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil	28
Art. 27	Ausgabe von Anteilen	29
Art. 28	Rücknahme von Anteilen	30
Art. 29	Umtausch von Anteilen	31
Art. 30	Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme und des Umtausch von Anteilen.....	31
Art. 31	Late Trading und Market Timing	32
Art. 32	Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.....	32
VIII.	Kosten und Gebühren	33
Art. 33	Laufende Gebühren	33
Art. 34	Kosten zulasten der Anleger	35
IX.	Schlussbestimmungen	35
Art. 35	Verwendung der Erträge	35
Art. 36	Zuwendungen	36
Art. 37	Informationen für die Anleger.....	36
Art. 38	Berichte.....	36
Art. 39	Geschäftsjahr.....	36
Art. 40	Änderungen am Treuhandvertrag	37
Art. 41	Verjährung	37
Art. 42	Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache	37
Art. 43	Allgemeines	37
Art. 44	Inkrafttreten.....	37
Anhang A:	Fonds im Überblick	38
Anhang B:	Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer	44

Die Organisation des AIFM im Überblick

AIF-Manager:	CAIAC Fund Management AG Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Barenden
Handelsregister-Nummer:	FL-0002.227.513-0
Verwaltungsrat des AIFM:	Dr. Roland Müller Dr. Dietmar Loretz Gerhard Lehner
Geschäftsleitung des AIFM:	Thomas Jahn Raimond Schuster
Wirtschaftsprüfer des AIFM:	Grant Thornton AG Bahnhofstrasse 15, FL-9494 Schaan

Der AIF im Überblick

Name des AIF:	BP Family Office Fund
Rechtsform:	Kollektivtreuhänderschaft
Zulässige Anleger:	Qualifizierte / professionelle Anleger
Handelsregister-Nummer:	FL-0002.500.038-9
Gründungsland:	Fürstentum Liechtenstein
Autorisierungsdatum:	01. Februar 2018
Eintragung Handelsregister¹:	11. Juni 2015
Dauer des AIF:	Unbeschränkt
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr des AIF beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember
Rechnungswährung des AIF:	EUR
Wirtschaftsprüfer des AIF:	Grant Thornton AG Bahnhofstrasse 15, FL-9494 Schaan
Verwahrstelle:	Banque Havilland (Liechtenstein) AG Austrasse 61, FL-9490 Vaduz
Führung des Anteilsregisters:	CAIAC Fund Management AG Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Barenden
Portfolioverwaltung des AIF:	Mahrberg Wealth AG Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Barenden
Risikomanagement:	Der AIFM hat das Risikomanagement nicht delegiert.
Vertriebsträger:	Der AIFM hat den Vertrieb nicht delegiert.
Zuständige Aufsichtsbehörde:	Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)

¹ Das Investmentunternehmen BP Family Office Fund wurde als Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger nach Art. 23 des Gesetzes über Investmentunternehmen vom 19. Mai 2005 (IUG) i.V.m. Art. 28 und Art. 29 der Verordnung über Investmentunternehmen (IUV) gegründet und mit Datum 8. Juni 2015 wurde von der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein die Empfangsbescheinigung nach Art. 28 Abs. 3 IUV ausgestellt. Der Fonds ist am 11. Juni 2015 unter der Registernummer FL-0002.500.038-9 in das Handelsregister eingetragen worden. Mit Beschluss vom 11. August 2017 hat die Verwaltungsgesellschaft beschlossen, dass der BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger umgewandelt wird. Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein hat mit Schreiben vom 01. Februar 2018 die Umwandlung des BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger, die Änderung der konstituierenden Dokumente, sowie die Autorisierung per 01. Februar 2018 genehmigt.

Teil 1 Prospekt

Die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis des derzeit gültigen Verkaufsprospektes, des Treuhandvertrages, des Anhangs A „Fonds im Überblick“. Dieser Treuhandvertrag wird ergänzt durch den jeweils letzten Jahresbericht.

Es dürfen keine von dem zur Zeit gültigen Prospekt und/oder Treuhandvertrag abweichende Auskünfte oder Erklärungen abgegeben werden. Jede Ausgabe und Rücknahme von Anteilen auf der Basis von Auskünften oder Erklärungen, welche nicht in dem Prospekt und/oder Treuhandvertrag enthalten sind, erfolgt ausschließlich auf Risiko des Käufers bzw. Verkäufers. Der AIFM haftet nicht, wenn und soweit Auskünfte oder Erklärungen abgegeben werden, die vom aktuellen Prospekt oder Treuhandvertrag abweichen.

Der Prospekt und Treuhandvertrag sind vorliegend in einem Dokument dargestellt. Wesentliches Gründungsdokument des Fonds ist der Treuhandvertrag inklusive Anhang A „Fonds im Überblick“.

1 Verkaufsunterlagen

Der Prospekt, der Treuhandvertrag und der Anhang A „Fonds im Überblick“ sowie der letzte Jahresbericht, sind kostenlos elektronisch oder auf einem dauerhaften Datenträger beim AIFM, der Verwahrstelle, bei den Zahlstellen und bei allen Vertriebsberechtigten im In- und Ausland sowie auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband unter www.lafv.li erhältlich.

Weitere Informationen zum AIF sind im Internet unter www.caiac.li und bei der CAIAC Fund Management AG innerhalb der üblichen Geschäftszeiten erhältlich.

2 Der Treuhandvertrag

Der Treuhandvertrag umfasst einen allgemeinen Teil sowie den Anhang A „Fonds im Überblick“. Der Prospekt, der Treuhandvertrag und alle relevanten Anhänge sind vollständig abgedruckt. Lediglich der Prospekt und der Treuhandvertrag inklusive der Besonderen Bestimmungen zur Anlagepolitik in Anhang A „Fonds im Überblick“ unterliegen der materiell rechtlichen Prüfung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein. Der Prospekt, der Treuhandvertrag und die erwähnten Anhänge können von dem AIFM jederzeit, allenfalls nach vorheriger Genehmigung durch die FMA, ganz oder teilweise geändert oder ergänzt werden.

Jede Änderung des Treuhandvertrages und der Anhänge wird im Publikationsorgan des AIF veröffentlicht und ist danach für alle Anleger rechtsverbindlich.

Publikationsorgan des AIF ist die Internetseite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband www.lafv.li.

3 Allgemeine Informationen zum AIF

Das Investmentunternehmen BP Family Office Fund wurde als Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger nach Art. 23 des Gesetzes über Investmentunternehmen vom 19. Mai 2005 (IUG) i.V.m. Art. 28 und Art. 29 der Verordnung über Investmentunternehmen (IUV) gegründet und mit Datum 8. Juni 2015 wurde von der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein die Empfangsbescheinigung nach Art. 28 Abs. 3 IUV ausgestellt. Der Fonds ist am 11. Juni 2015 unter der Registernummer FL-0002.500.038-9 in das Handelsregister eingetragen worden. Mit Beschluss vom 11. August 2017 hat die Verwaltungsgesellschaft beschlossen, dass der BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger umgewandelt wird. Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein hat mit Schreiben vom 01. Februar 2018 die Umwandlung des BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger, die Änderung der konstituierenden Dokumente, sowie die Autorisierung per 01. Februar 2018 genehmigt.

In welche Anlagegegenstände der AIF investieren darf und welche Bestimmungen dabei zu beachten sind, ergibt sich aus den konstituierenden Dokumenten und dem AIFMG / AIFMV. Soweit in den konstituierenden Dokumenten nichts anderes bestimmt ist, richten sich die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIF nach dem AIFMG / AIFMV und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

4 Weitere Informationen zum AIF

Die Anleger sind am Fondsvermögen des AIF nach Massgabe der von ihnen erworbenen Anteile beteiligt.

Durch Zeichnung oder Erwerb von Anteilen anerkennt der Anleger die konstituierenden Dokumente. Anleger, Erben oder sonstige Berechtigte können weder die Aufteilung, noch die Auflösung des AIF verlangen. Eine Versammlung der Anleger und/oder Zustimmungsrechte sind nicht vorgesehen.

Die Details zum AIF werden im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben. Jeder einzelne Anteil des AIF verkörpert grundsätzlich das gleiche Recht, es sei denn es bestehen verschiedene Anteilklassen oder der AIFM beschliesst verschiedene Anteilklassen zu bilden. Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte des AIF lediglich für Verbindlichkeiten, die vom AIF eingegangen werden.

4.1 Dauer des AIF

Siehe: Anhang A „Fonds im Überblick“.

4.2 Bisherige Wertentwicklung des AIF

Die bisherige Wertentwicklung des AIF bzw. der Anteilklassen ist auf der Webseite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband unter www.lafv.li aufgeführt und ist keine Garantie für die laufende und zukünftige Performance. Der Wert eines Anteils kann jederzeit steigen oder fallen.

5 Organisation

5.1 Sitzstaat/Zuständige Aufsichtsbehörde

Sitzstaat des AIF ist das Fürstentum Liechtenstein, zuständige Aufsichtsbehörde ist die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA); www.fma.li.

5.2 Rechtsverhältnisse

Die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIF richten sich nach den konstituierenden Dokumenten und dem Gesetz vom 19. Dezember 2012 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) sowie der Verordnung vom 22. März 2016 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMV) und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

Aufgrund der vielfältigen Geschäftstätigkeiten des AIFM, der Verwahrstelle, ihrer Beauftragten, die nicht exklusiv nur für diesen AIF tätig werden, und der mit diesen verbundenen Unternehmen können Interessenkonflikte auftreten.

Bei der Verwaltung des AIF sind die involvierten Parteien verpflichtet, durch geeignete organisatorische und personelle Massnahmen das Risiko der Beeinträchtigung von Anlegerinteressen durch Interessenkonflikte möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, bemühen sich die involvierten Parteien, den Konflikt nach besten Kräften mit der gebotenen Sachkenntnis angemessen beizulegen bzw. ihn nach Recht und Billigkeit zu behandeln.

5.3 Verwalter Alternativer Investmentfonds (AIFM)

CAIAC Fund Management AG (im Folgenden: AIFM), Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Barenden, Handelsregister-Nummer FL-0002.227.513-0.

Die CAIAC Fund Management AG wurde am 15. Mai 2007 in Form einer Aktiengesellschaft mit Sitz und Hauptverwaltung in Barenden, Fürstentum Liechtenstein, für eine unbeschränkte Dauer gegründet. Die FMA Finanzmarktaufsicht Liechtenstein hat der CAIAC Fund Management AG am 10. Mai 2007 die Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit und am 15. November 2013 die Zulassung als AIFM gemäss des Gesetzes über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) erteilt. Die CAIAC Fund Management AG verfügt ebenso über eine Bewilligung als Verwaltungsgesellschaft gem. IUG und UCITSG.

Das Aktienkapital beträgt CHF 1'000'000.- (in Worten: Schweizer Franken eine Million) und ist zu 100% einbezahlt.

Der Gesellschaftszweck besteht in der Verwaltung und dem Vertrieb von Fonds nach liechtensteinischem Recht.

Der AIFM ist mit den weitest gehenden Rechten ausgestattet, um in seinem Namen für Rechnung der Anleger alle administrativen und verwaltungsmässigen Handlungen durchzuführen.

Der AIFM handelt stets im Interesse des AIF, der Anleger und der Marktintegrität. Dabei steht die Gleichbehandlung der Anleger im Vordergrund. Eine Bevorzugung einzelner Anleger ist ausdrücklich ausgeschlossen.

- Informationen werden immer gleichzeitig auf bekannte Weise publiziert
- Massgaben zur Zeichnung bzw. Rückgabe von Fondsanteilen sind für jeden Anleger gleich
- Kein Anleger wird individuell informiert bzw. erhält Vergünstigungen

Der AIFM führt das Anteilsregister.

Die Aufgaben des AIFM bestehen zudem in der Ausführung von Anträgen bzw. Aufträgen zur Zeichnung, Rücknahme von Anteilen sowie in der Führung des Anteilsregisters.

Der AIFM hat sich bei der Ausübung seiner Tätigkeit an die einschlägigen Bestimmungen – insbesondere an das AIFMG / AIFMV – zu halten. Damit verbunden ist insbesondere auch die Implementierung eines internen Risikomanagementsystems, um die mit seiner Tätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig erkennen und deren Eintritt vermeiden zu können. Eine Übersicht der vom AIFM verwalteten Fonds befindet sich auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband unter www.lafv.li.

5.4 Portfolioverwaltung

Die Portfolioverwaltung wird von der Mahrberg Wealth AG, Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Benden durchgeführt.

Die Aufgabe der Portfolioverwaltung ist die eigenständige tägliche Umsetzung der Anlagepolitik und die Führung der Tagesgeschäfte des AIF sowie anderer damit verbundenen Dienstleistungen unter der Aufsicht, Kontrolle und Verantwortung des AIFM. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des AIF, wie sie in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Die Portfolioverwaltung hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen.

Weitere Informationen und Angaben zur Portfolioverwaltung – falls vorhanden - sind im fondspezifischen Anhang A „Fonds im Überblick“ zu finden.

5.5 Verwahrstelle

Das AIFMG sieht eine Trennung der Verwaltung und der Verwahrung von Fondsvermögen vor. Mit der Verwahrung der Vermögensgegenstände des AIF hat der AIFM die Banque Havilland (Liechtenstein) AG als Verwahrstelle beauftragt.

Durch die Übernahme von 52.5% des Aktienkapitals der vormaligen Banque Pasche (Liechtenstein) SA wurde die Banque Havilland S.A. mit Sitz in Luxemburg zur Mehrheitsaktionärin. Per 1. Oktober 2014 wurde die Banque Pasche (Liechtenstein) SA in Banque Havilland (Liechtenstein) AG umbenannt. Die Haupttätigkeiten der Banque Havilland (Liechtenstein) AG liegen im Private Banking, in der Vermögensverwaltung, in der Vermögensstrukturierung und in Depotbankdienstleistungen für Investmentfonds. Per 31. Dezember 2018 betrug das Eigenkapital der Banque Havilland (Liechtenstein) AG CHF 42,6 Millionen.

Die Verwahrstelle kann ihre Verwahrungsaufgaben auf einen oder mehrere Unterverwahrer auslagern.

6 Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen

Das Fondsvermögen wird im Sinne der Regeln des AIFMG und des Treuhandvertrags sowie nach den im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

6.1 Anlagepolitik

Die Anlagepolitik des AIF wird im Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben.

6.2 Rechnungs-/ Referenzwährung des AIF

Die Rechnungswährung des AIF sowie die Referenzwährung einer jeweiligen Anteilsklasse werden im Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesen. Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Buchführung des AIF erfolgt. Bei der Referenzwährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettoinventarwert der jeweiligen Anteilsklassen berechnet wird, sofern eine Abweichung von der Rechnungswährung gegeben ist.

6.3 Profil des typischen Anlegers

Im Anhang A „Fonds im Überblick“ ist das Profil des typischen Anlegers des AIF beschrieben.

7 Anlagen

Das Vermögen des AIF wird in einen oder mehrere der zugelassenen Vermögensgegenstände, wie nachfolgend und in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben, investiert.

Die zugelassenen Anlagen, die nicht zugelassenen Anlagen, die spezifischen Anlagegrenzen, der Derivateinsatz, die Techniken sowie die spezifischen Regelungen zur Kreditaufnahme sind im Treuhandvertrag und Anhang A „Fonds im Überblick“ nachfolgend beschrieben.

8 Risikohinweise

8.1 Fondsspezifische Risiken

Die Wertentwicklung der Anteile ist von der Anlagepolitik sowie von der Entwicklung der einzelnen Anlagen des AIF abhängig und kann nicht im Voraus festgelegt werden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der Wert der Anteile gegenüber dem Ausgabepreis jederzeit steigen oder fallen kann. Es kann nicht garantiert werden, dass der Anleger sein investiertes Kapital zurück erhält.

Die fondsspezifischen Risiken des AIF befinden sich im Anhang A „Fonds im Überblick“.

8.2 Allgemeine Risiken

Zusätzlich zu den fondsspezifischen Risiken können die Anlagen des AIF allgemeinen Risiken unterliegen.

Alle Anlagen im AIF sind mit Risiken verbunden. Die Risiken können u.a. das Gegenparti-/ Kontrahentenrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-/ Abrechnungs-/ Bewertungsverfahren; Rechts-/ Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken) umfassen bzw. damit verbunden sein.

Jedes dieser Risiken kann auch zusammen mit anderen Risiken auftreten. Auf einige dieser Risiken wird in diesem Abschnitt kurz eingegangen. Es gilt jedoch zu beachten, dass dies keine abschliessende Auflistung aller möglichen Risiken ist.

Potenzielle Anleger sollten sich über die mit einer Anlage in die Anteile verbundenen Risiken im Klaren sein und erst dann eine Anlageentscheidung treffen, wenn sie sich von ihren Rechts-, Steuer- und Finanzberatern, Wirtschaftsprüfern oder sonstigen Experten umfassend über die Eignung einer Anlage in Anteile dieses AIF unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Finanz- und Steuersituation und sonstiger Umstände, die im vorliegenden Prospekt und Treuhandvertrag enthaltenen Informationen und die Anlagepolitik des AIF haben beraten lassen.

Gegenparti-/Kontrahentenrisiko

Als Gegenparti-/Kontrahentenrisiko wird das Risiko bezeichnet, wenn ein professioneller Marktteilnehmer/Kontrahent – durch Konkurs oder Liquiditätsschwierigkeiten – ausfällt bzw. seine Verpflichtungen nicht vollständig erfüllt. Folglich besteht die Gefahr, dass die ihm gewährten Finanzinstrumente – u.a. OTC-Optionen und -Termingeschäfte, strukturierte Produkte, exotische Optionen – nicht vollständig oder teilweise vertragsgemäss zurückgezahlt werden und zu einem zumindest teilweisen oder totalen Verlust des Vermögens führen.

Das Risiko umfasst dabei u.a. das klassische Kredit- und Emittentenrisiko sowie Risiken aus der Abwicklung von Finanztransaktionen („Operationelles Risiko“) oder aus Derivatepositionen (OTC-Gegenparteien). In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko für ein Investmentvermögen, das aus der Tatsache resultiert, dass die Gegenparti eines Geschäfts vor der Schlussabrechnung des mit dem Geschäft verbundenen Cashflows ihren Verpflichtungen möglicherweise nicht nachkommen kann, bezeichnet.

Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung

Hebelwirkung aus der Finanzierung (engl. „Leverage“) ist ein Verfahren, mit welchem der Investitionsgrad des Fonds durch Kreditaufnahme (o.ä.) erhöht wird. Hierdurch wirken Vermögenswertänderungen stärker auf das Eigenkapital als bei einer vollständigen Eigenfinanzierung.

Hebelwirkungsrisiko aus Derivategeschäften

Hebelwirkung aus Derivatgeschäften (engl. „Leverage“) ist ein Verfahren, mit welchem der Investitionsgrad des Fonds durch Derivateinsatz (o.ä.) erhöht wird. Hierdurch wirken Vermögenswertänderungen sowie Techniken/Instrumente stärker auf das Eigenkapital als bei einem derivatefreien Portfolio. In der Regel führt der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zu Anlagezwecken zu höheren Chancen und Risiken, während sich der Einsatz zu Absicherungszwecken risikomindernd auf das Risikoprofil auswirkt.

Derivate können sich auf vielfältige Basiswerte beziehen, u.a. auf Wertpapiere, Währungen, Zinsen, Wechselkurse, Rohstoffe, Edelmetalle und Waren sonstiger Vermögenswerte sowie darauf aufbauende Indizes. Zudem kann der Einsatz dieser Anlagestrategien durch gesetzliche Beschränkungen und Marktbedingungen eingeschränkt sein. Gegebenenfalls dürfen Derivate in unterschiedlichsten Formen eingesetzt und diese mit anderen Vermögenswerten kombiniert sowie Anlagen erworben werden, in denen ein oder mehrere Derivate eingebettet sind.

Bei der Bewertung der Instrumente sind folgende Risiken von besonderer Bedeutung: Marktrisiko, Private Equity Risiko/Erfolgsrisiko, Gegenparti-/Kontrahentenrisiko, Liquiditätsrisiko und Risiko der Änderung von weiteren/sonstigen Rahmenbedingungen. Wobei insbesondere darauf hinzuweisen ist, dass:

- die Derivate fehlerhaft bewertet werden können oder – wegen anderen Bewertungsverfahren – uneinheitliche Bewertungen aufweisen können;
- die Korrelation zwischen den Wertänderungen des abgesicherten Vermögenswerts nicht mit dem des absichernden Derivats vollkommen übereinstimmen kann, sodass eine vollständige Risikoabsicherung misslingt;
- das Nichtvorhandensein eines liquiden Sekundärmarktes zu einer unwirtschaftlichen Neutralisierung (Schliessung) eines Derivats führen kann;
- OTC-Derivatgeschäfte nicht oder schwer neutralisiert (geschlossen) oder verkauft werden können, da die Märkte ggf. besonders illiquide sind und starke Kursschwankungen aufweisen können;
- Basiswerte von Derivaten zu einem ungünstigen Zeitpunkt erworben bzw. verkauft werden müssen/können.

Hedge Fonds-Risiko

Hedge Fonds-Risiken resultieren häufig aus sehr komplexen Instrumenten und Techniken, die daher insbesondere mit höheren Risiken der nachfolgenden Kategorien verbunden sind:

Gegenparti-/Kontrahentenrisiko (ggf. keine behördliche Aufsicht), Konzentrationsrisiko (fehlender Grundsatz der Risikostreuung), Marktrisiko (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen), Länder-/Transferrisiko (ggf. Verwahrung in Offshore-Finanzplätzen), Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen), Hebelwirkungsrisiko aus Derivatgeschäften (ggf. fehlende Anlagebeschränkungen).

High Yield-Risiko (Hochzinsanleihen-Risiko)

Als High-Yield-Anlagen werden Hochzinsanleihen bezeichnet, welche entweder kein Rating einer anerkannten Ratingagentur oder kein sog. „Investment Grade“ aufweisen und folglich über einen spekulativen Charakter („Speculative Grade“) verfügen. Insbesondere wegen dieser Eigenschaften liegen die nachfolgenden Risiken in einem höheren Ausmass vor:

Kredit-/Emittentenrisiko, Marktrisiko, Zinsänderungsrisiko, Privat-Equity-Risiko / Erfolgsrisiko und Liquiditätsrisiko.

Immobilienrisiken

Direkte und indirekte Anlagen in Immobilien unterliegen spezifischen Risiken, welche beispielhaft wie folgt beschrieben werden können:

Projektentwicklungsrisiken

Baugrundrisiko (Altlastenrisiko) ist das Risiko, welches aufgrund der fehlenden Tragfähigkeit des Untergrunds eine aufwendige Sanierung zur Folge haben kann. Weitere Baugrundrisiken sind Kontaminationen im Erdreich, die zunächst saniert werden müssen, oder der Fund von Bodendenkmälern, was eine Verzögerung oder gar die Untersagung der Baumassnahmen nach sich ziehen kann. Für gewöhnlich sind Baugrundrisiken nur in der Erstellungsphase relevant, in seltenen Fällen kann es aber auch nach Fertigstellung noch zu Schäden durch Setzungen u. ä. kommen.

Kostenrisiko (Bau- und Entwicklungskostenrisiko, Kostensicherheit, Qualität/Kosten/Termine, Kalkulation) ist das Risiko der Abweichung der tatsächlichen von den veranschlagten Baukosten, meist in Form von Kostensteigerungen. Kostenrisiken sind ein nachgelagertes Risiko, da sich nahezu alle Risiken im Zusammenhang mit der Bauerstellung auch auf die Kosten auswirken. Dies sind insbesondere Boden- und Baugrundrisiken, technische Risiken, Terminrisiken und Genehmigungsrisiken. Kostenrisiken wirken sich wiederum auf die Finanzierung des Projekts aus, da ggf. zusätzliche Mittel beschafft werden müssen bzw. vereinbarte Kreditrahmen nicht ausgeschöpft werden. Aufgrund eines geringen Eigenkapitalanteils können Kostenrisiken ein hohes Schadenspotential bergen (Hebeleffekt).

Terminrisiko (terminliche Risiken, Zeitrisiko) ist das Risiko, dass es zu Verzögerungen im Bauablauf kommt und das Gebäude nicht zum vereinbarten Termin genutzt werden kann. Wenn das Terminrisiko infolge von Boden- und Baugrundrisiken, Genehmigungsrisiken oder technischen Problemen entsteht, dann handelt es sich um ein nachgelagertes Risiko. Sofern es die ursprüngliche Terminplanung jedoch mangelhaft war, dann handelt es sich um ein vorgelagertes Risiko. Die Folge von Terminverzögerungen sind meist Kostensteigerungen durch Vertragsstrafen, Erhöhung der Kosten der Zwischenfinanzierung oder durch Erhöhung der Baukosten.

Genehmigungsrisiko ist das Risiko, dass eine zum Bau erforderliche Genehmigung durch die zuständige Behörde nicht, nur verzögert oder nur unter Auflagen erteilt wird. Dabei handelt es sich primär um die Baugenehmigung durch das Bauamt, zusätzlich können aber weitere behördliche Genehmigungen eine Rolle spielen; zum Beispiel der Brandschutz, Denkmalschutz oder weitere Umweltaspekte. Die Ursache von Genehmigungsrisiken liegt meist in der Projektkonzeption oder in bautechnischen Aspekten. Sie können ggf. durch eine hohe Qualität der architektonischen Gestaltung, ein positives Image sowie eine hohe ökologische und soziale Qualität des Gebäudes gemildert werden. Genehmigungsrisiken wirken sich durch Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen, ob durch zusätzliche Auflagen oder als Folge der Verzögerung, aus.

Technische Risiken (Herstellungsprozess, Risiken der Bauausführung, Projektkonzeption, Entwicklungsrisiko) sind alle Risiken zusammengefasst, die ihre Ursache in der technischen Ausführung des Gebäudes haben. Dies sind insbesondere Planungsfehler, Probleme im Rahmen der Bauausführung wie Konstruktion, Bauverfahren, Baustellenorganisation und Arbeitssicherheit, sowie Qualitätsmängel. Ursache technischer Probleme kann ein nicht ausreichend tragfähiger Baugrund sein. Des Weiteren kann eine aussergewöhnliche architektonische Gestaltung oder Bauweise dazu beitragen. Technische Risiken wirken sich auf die Termin- und Kostenrisiken aus, ggf. kann es auch zu Problemen bei der Baugenehmigung kommen.

Projektkonzeptionsrisiko ist das Risiko, wenn es aufgrund eines nicht marktgerechten Gebäudekonzepts zu Schwierigkeiten bei der Vermarktung kommt, bzw. wenn die Vermarktung bei einem guten Gebäudekonzept leicht fällt. Dies betrifft sowohl die Vermarktung durch den Projektentwickler am Ende der Entstehungsphase als auch die Vermietung durch den Investor in der Nutzungsphase. Das Projektkonzeptionsrisiko ist in der Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Standort- und Marktlage durch den Projektentwickler begründet. Es wirkt sich primär auf den Mietwert der Immobilie und mittelbar auf ihre Wertentwicklung aus. Ein flexibles Gebäudekonzept kann die Auswirkungen einer Fehlkonzeption abmildern.

Finanzierungsrisiken (finanzielle Risiken, Finanzierungsrisiko) des Objekts in der Erstellung sind alle Risiken, die mit der Zwischenfinanzierung bis zur Veräusserung des Objekts an einen langfristigen Investor entstehen und direkt der Immobilie zuzuordnen sind. Hier besteht einerseits eine gewisse Abhängigkeit von Veränderungen am Kapitalmarkt, andererseits hat aber auch der Projektverlauf Auswirkungen auf die Finanzierung. Hier wirken sich insbesondere zusätzliche Kosten und Terminverzögerungen aus, einerseits da ggf. zusätzliches Kapital beschafft bzw. die Zwischenfinanzierung verlängert werden muss, was eine Erhöhung der Finanzierungskosten nach sich zieht. Finanzierungsrisiken im Projekt wirken sich wiederum auf die Finanzlage des Unternehmens aus.

Standort- und Marktrisiken

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist das Risiko einer positiven oder negativen Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage auf globaler, nationaler oder regionaler Ebene. Dies umfasst alle Branchen. Bei der Bewertung des Risikos spielen sowohl die aktuelle Lage als auch die Zukunftsaussichten eine Rolle. Die Änderung der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst eine Vielzahl für die Immobilienwirtschaft relevanter Risikofaktoren, zum

Beispiel die Immobilienmärkte, die Finanzmärkte oder die Bewirtschaftungskosten (über das allgemeine Preisniveau). Mittelfristig wird auch die soziodemographische Entwicklung beeinflusst, was selbst wiederum zu einer Änderung der (regionalen) Wirtschaftslage führt. Die wirtschaftliche Entwicklung kann in begrenztem Rahmen durch die Politik beeinflusst werden.

Soziodemographische Entwicklung ist das Risiko von Veränderungen in der Bevölkerung. Dies ist zunächst die Veränderung der Einwohnerzahl, aber auch andere Merkmale wie die Anzahl der Haushalte bzw. die Haushaltsgrösse, Altersverteilung, Ausbildung, Berufstätigkeit, Kinder und Migrationshintergrund spielen aus Sicht der Immobilienwirtschaft eine grosse Rolle. Einige dieser Indikatoren hängen direkt mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen (z. B. die Berufstätigkeit), andere werden mittelfristig von ihr beeinflusst. Ferner versucht die Politik mit diversen Steuerungsinstrumenten Einfluss zu nehmen. Die soziodemographische steht in Wechselwirkung mit der wirtschaftlichen Entwicklung und beeinflusst insbesondere den Immobilienmarkt.

Politische, steuerliche und juristische Rahmenbedingungen beschreiben den vom Staat gesetzten Handlungsrahmen der Wirtschaftssubjekte. Dies sind zunächst grundlegende Dinge wie die politische Ordnung, die Steuerbelastung, die Themen Bürokratie und Verwaltung sowie die Gestaltung der Rechtsordnung. Hinzu kommen die sich aus Veränderungen derselben ergebenden Risiken, zum Beispiel durch zusätzliche Auflagen. Des Weiteren sind hierunter auch speziell für die Immobilienbranche relevante Ordnungs- und Anreizinstrumente zu verstehen, u.a. steuerliche Regelungen für Immobilienunternehmen, Subventionen oder Bauvorschriften. Der Einfluss auf andere Risikofaktoren ist entsprechend vielfältig, zum Beispiel auf die wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung oder auf die Immobilienmärkte.

Grossschadensereignisse bezeichnen alle Ereignisse, die das Grundstück negativ beeinträchtigen und die nur sporadisch und zufällig auftreten. Dies sind vor allem Naturkatastrophen wie Hochwasser, Sturm oder Hagel, aber auch Unfälle und Katastrophen, Kriminalität, innere Unruhen oder kriegerische Auseinandersetzungen - was insbesondere bei Auslandsinvestitionen relevant ist. Es schliesst auch die Gefahr des zufälligen Untergangs des Objekts ein. Das Risiko von Grossschadensereignissen muss jeweils im Einzelfall geprüft werden; im Anschluss ist über adäquate Gegenmassnahmen wie bauliche Vorkehrungen zu entscheiden. Das Risiko wirkt sich im Wesentlichen auf das Bausubstanzrisiko aus.

Immobilienmarktrisiko bezeichnet das Risiko von Änderungen auf dem relevanten Immobilien-Teilmarkt. Unterscheidungskriterien sind dabei unter anderem die Region, die Nutzungsart, Kauf oder Miete, Neubau oder Bestand, sowie weitere Faktoren. Änderungen ergeben sich durch eine Veränderung auf der Nachfrage- oder der Angebotsseite, die die Fläche oder die Qualität der Flächen betreffen kann. Das Immobilienmarktrisiko ist eines der zentralen Risiken in der Immobilienwirtschaft, da die Entwicklung der Mieteinnahmen und des Werts der Objekte massgeblich davon beeinflusst werden. Wesentliche Einflussfaktoren auf die Immobilienmärkte sind wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung, politische, steuerliche und juristische Rahmenbedingungen sowie der Standort.

Standortrisiken: Der Wert eines Grundstücks wird regelmässig massgeblich von seiner Umgebung geprägt. Unter dem Begriff der Standortrisiken sollen hier alle wertbeeinflussenden Eigenschaften des Umfelds verstanden werden, wobei die Punkte Wirtschaft, Soziodemographie und politische und rechtliche Rahmenbedingungen aufgrund ihrer hohen Bedeutung gesondert betrachtet werden. Bei den Standortfaktoren wird zwischen harten und weichen Standortfaktoren mit einem fließenden Übergang unterschieden. Dies sind u. a. die Lage und Topographie, Verkehrsanbindung und Infrastruktur, Umfeldnutzung, Soziodemographie und das Image des Standorts. Auf viele dieser Standortfaktoren hat die Politik Einfluss, insbesondere auf kommunaler Ebene. Die Standortrisiken beeinflussen in erster Linie die Nachfrageseite des Immobilienmarkts.

Soziale Risiken umfassen Risiken, die ihre Ursache in der Sozialstruktur der Bewohner am Standort haben. Ihre negative Seite lässt sich durch den Begriff „Sozialer Brennpunkt“ charakterisieren. Zu den sozialen Risiken zählen hohe Arbeitslosigkeit, geringer Bildungsstand, Segregationsrisiken, Drogenabhängigkeit, Gewalt und (Klein-)Kriminalität. Im Positiven kann ein stabiles soziales Gefüge aber auch zur Stabilisierung der Nachbarschaft beitragen. Die Folgen sind Auswirkungen auf die Betriebskosten (z. B. die Beseitigung von Vandalismusschäden) und auf die Mieteinnahmen (z. B. durch Mietrückstände).

Objektrisiken

Boden- und Baugrundrisiko ist das Risiko, wenn es aufgrund der Eigenschaften des Bodens am gewählten Standort zu Bauverzögerungen oder Kostensteigerungen kommt, oder sogar unmöglich ist, das projektierte Gebäude dort zu errichten. Die Ursachen hierfür können in der Tragfähigkeit des Untergrunds liegen, was zu einer aufwändigeren Gründung führt. Weitere Boden- und Baugrundrisiken sind Kontaminationen im Erdreich, die zunächst saniert werden müssen, oder der Fund von Bodendenkmälern, was eine Verzögerung oder gar die Untersagung der Baumassnahmen nach sich ziehen kann. Für gewöhnlich sind Boden- und Baugrundrisiken nur in der Erstellungsphase relevant, in seltenen Fällen kann es aber auch nach Fertigstellung noch zu Schäden durch Setzungen u. ä. kommen.

Gebäudesubstanzrisiko ist das Risiko physischer Schäden am Gebäude, die über das Mass der Schönheitsreparatur hinausgehen, sowie die Überalterung des Gebäudekonzepts. Ursache können direkte Einwirkungen von aussen durch Grossschadensereignisse sein, aber auch objektinterne Schäden wie Brand- oder Wasserschäden. Hinzu kommt die normale Alterung und Abnutzung der Gebäudesubstanz. Diese kann durch Wartung und Instandhaltung verlangsamt oder durch Umwelteinflüsse beschleunigt werden. Hierauf hat auch die Bauweise Einfluss. Die Gefahr der Obsoleszenz kann durch eine flexible Primärstruktur gesenkt werden. Der Zustand der Gebäudesubstanz entscheidet auch über die möglichen Mieteinnahmen - ggf. kann es auch zu Mietminderungen kommen - und über die Bewirtschaftungskosten.

Ökologisches Risiko eines Objekts in der Nutzungsphase beinhaltet insbesondere negative Wirkungen auf die Nutzer, die von dem Gebäude ausgehen, sowie negative Wirkungen auf die Umwelt. So kann beispielsweise die Raumluft durch Baumaterialien wie belastet sein, zum Beispiel durch Asbestfasern oder Ausdünstungen von

Farben und Klebern, oder das Klima gewährleistet keine Behaglichkeit. Bei negativen Auswirkungen auf die Umwelt sind sowohl Umweltschäden durch unvorhergesehene Ereignisse, beispielsweise Boden- und Gewässerschäden durch ausgelaufenes Heizöl, aber auch Emissionen im laufenden Gebäudebetrieb, beispielsweise durch die Heizanlage, mit in Betracht zu ziehen. Ökologischen Risiken kann durch sorgfältige Planung und regelmässige Wartung und Instandhaltung vorgebeugt werden.

Mietwertrisiko (Mietpotential, aktuelle Miethöhe, erzielbare Miete, Mieteinnahmen) ist das Risiko, welches die potentiell am Markt für ein entsprechendes Objekt erzielbare Miete vermindern könnte. Sie stellt das Maximum der tatsächlichen Mieteinnahmen dar – diese können durch Sondereinflüsse wie Leerstand oder Mietausfall geringer sein. Des Weiteren hat die Qualität des Objektmanagements Einfluss darauf, ob eine Miete in Höhe des Mietwerts realisiert werden kann. Der Mietwert wird durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in dem relevanten, räumlich und sachlich abgegrenzten Teilmarkt bestimmt.

Der Mietwert ist eines der zentralen Risiken, da er sich mittelbar auf die Wertentwicklung der Immobilie auswirkt. Des Weiteren hängt der Cash Flow des Immobilienunternehmens von der Höhe der Mieteinnahmen ab.

Bewirtschaftungskostenrisiken sind Änderungsrisiken der umlagefähigen und der nicht-umlagefähigen Bewirtschaftungskosten. Umlagefähige Bewirtschaftungskosten sind vom Mieter zu tragen. Da diese aber gewöhnlich mit den Gesamtkosten für die Nutzung rechnen, schmälern hohe Betriebskosten den Mietwert der Immobilie. Bei den nicht-umlagefähigen Bewirtschaftungskosten handelt es sich im Wesentlichen um Kosten der laufenden Instandsetzung und der Verwaltung. Die Bewirtschaftungskosten wirken sich auf die Netto-Mieteinnahmen und die Wertentwicklung aus. Sie lassen sich durch eine entsprechende Bauweise, insbesondere eine hohe Bauqualität und einen niedrigen Energiebedarf, abfedern.

Wertentwicklungsrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Immobilie verändert - sowohl positiv als auch negativ. Da die Wertentwicklung eine wesentliche Komponente der Immobilienrendite darstellt, handelt es sich hierbei um ein – für den wirtschaftlichen Erfolg der Investition – zentrales Risiko. Die Wertentwicklung ist direkt mit der Höhe der Netto-Mieteinnahmen verknüpft, da Investoren für gewöhnlich den tragbaren Kaufpreis von Gebäuden auf dieser Basis mit Hilfe des Ertragswertverfahrens ermitteln. Insofern wirken sich Änderungen des Mietwerts und der Bewirtschaftungskosten unmittelbar auf den Wert des Gebäudes aus. Das Risiko der Wertentwicklung beeinflusst entsprechend die finanzielle Situation des Unternehmens.

Rechtliche Risiken im Zusammenhang mit einem Objekt, umfassen alle rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem Kauf, der Bebauung, der Vermietung und dem Objektmanagement. Hierunter fallen beispielsweise Belastungen des Grundstücks, mietrechtliche Fragen oder auch die Grundstückseigentümerhaftung. Die rechtlichen Risiken werden einerseits durch die gültige Rechtsordnung, andererseits durch die Managementqualität des Unternehmens beeinflusst. Sie wirken sich im Wesentlichen finanziell aus, je nach Sachlage auf die (nicht überwälzbaren) Bewirtschaftungskosten, den Wert der Immobilie oder die Finanzen des Unternehmens als Ganzes.

Interessenkonfliktrisiko

Aufgrund der vielfältigen Geschäftstätigkeiten der AIFM, der Verwahrstelle und ihrer beauftragten Parteien können Interessenkonflikte auftreten, da die Parteien möglicherweise nicht ausschliesslich für den Fonds handeln.

Die involvierten Parteien sind verpflichtet, durch geeignete organisatorische und personelle Massnahmen das Risiko der Beeinträchtigung von Anlegerinteressen durch Interessenkonflikte möglichst zu vermeiden.

Ist dies nicht möglich, bemühen sich die involvierten Parteien, den Konflikt nach besten Kräften und mit der gebotenen Sachkenntnis angemessen beizulegen bzw. ihn nach Recht und Billigkeit zu behandeln und – sofern sinnvoll und notwendig – den Interessenkonflikt offenzulegen.

Konzentrationsrisiko

Erfolgt eine Konzentration der Anlage in individuelle Vermögenswerte („fokussierte Anlage“) oder bestimmte Märkte, Branchen, Regionen/Länder, Anlageklassen/-themen, dann ist der Fonds von der Entwicklung dieser fokussierten Anlage oder schwerpunktmässigen Kategorien, einschliesslich politischer Einflüsse, besonders stark abhängig.

Bei einer fokussierten Anlage kann die für Fonds charakteristische Risikostreuung („Diversifikationseffekt“) entfallen und die Wertentwicklung des Fonds markant von der generellen Entwicklung der zugrunde liegenden Märkte abweichen.

Bei Investitionen in sog. Zielfonds können diese Zielfonds ähnliche Vermögenswerte enthalten. Zudem können die häufig voneinander unabhängig und weisungsungebunden agierenden Fondsmanager vergleichbare Anlagestrategien verfolgen. Aus diesen Gründen kann sich gegebenenfalls die Risikostreuung („Diversifikation“) verringern und auch ein Konzentrationsrisiko entstehen (stark korrelierte Risiken), welches oftmals nicht zeitnah erkannt werden kann.

Kredit-/Emittentenrisiko

Die Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit oder gar der Konkurs eines Emittenten können einen mindestens teilweisen oder totalen Verlust des Vermögens bedeuten. Kredit-/Emittentenrisiko steht für die individuelle Entwicklung des jeweiligen Ausstellers, die neben den allgemeinen Kapitalmarkttendenzen auf den Kurs eines Wertpapiers wirken.

Das Risiko kann sich im Zeitverlauf trotz sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere wesentlich verschlechtern und folglich zu einem Teil- oder Totalverlust führen.

Länder-/Transferrisiko

Vom Länderrisiko spricht man, wenn ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes Leistungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht erbringen kann (z.B. aufgrund von Devisenbeschränkungen, Transferrisiken, Moratorien oder Embargos). So können z.B. Zahlungen, auf die der Fonds Anspruch hat, ausbleiben, oder in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht mehr konvertierbar ist.

Liquiditätsrisiko

In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Risiko, welches eine Position im Portfolio nicht innerhalb hinreichend kurzer Zeit mit begrenzten Kosten veräußert, liquidiert oder geschlossen werden kann und welches dadurch die Erfüllung von Rückgabeverlangen der Anleger oder von sonstigen Zahlungsverpflichtungen beeinträchtigt, bezeichnet.

Marktenge und illiquide Vermögenswerte

Speziell bei marktengen und illiquiden Vermögenswerten ist es vorstellbar, dass selbst ein gewöhnlicher Kauf- oder Verkaufsauftrag zu signifikanten Wertänderungen führen kann. Sofern ein Vermögenswert illiquide ist, wird ggf. eine beabsichtigte Veräußerung unmöglich oder nur mit einem wesentlichen Abschlag möglich sein – einer sog. Illiquiditätsprämie – erfolgen. Im umgekehrten Fall eines beabsichtigten Kaufs kann eine bestehende Illiquidität zu einem deutlich erhöhten Kaufpreis führen.

Risiken durch vermehrte Rückgaben

Zudem beeinflussen Kauf- bzw. Verkaufsaufträge die Liquidität des AIF, da ggf. die Abflüsse die Zuflüsse übersteigen und deren Saldierung zu einem wesentlichen Nettoabfluss der liquiden Mittel des Fonds führen kann. Es ist daher vorstellbar, dass trotz geeigneter Risikomanagement- und Compliance-Instrumente die Liquidität zur Befriedigung von Rücknahmeforderungen nicht ausreicht, und diese nicht zeitnah durchgeführt werden können.

Marktrisiko

Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzanlagen hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft, den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern sowie Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte beeinflusst wird. In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko für ein Investmentvermögen, das aus Schwankungen beim Marktwert von Positionen im Portfolio des Investmentvermögens resultiert, die zurückzuführen sind auf Veränderungen bei Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen, Aktien- und Rohstoffpreisen oder bei der Bonität eines Emittenten bezeichnet.

Operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-, Abrechnungs- und Bewertungsverfahren; Rechts-/Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken)

Das operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlusts infolge fehlerhafter oder unzureichender Prozesse (z.B. falsch definierter Empfängerkreis von Berichten und Listen, fehlende Abstimmung in der Buchungsverantwortung, mangelhafte Funktionstrennung bzw. fehlendes 4-Augen-Prinzip, nicht ausreichende Notfallplanung usw.), menschlichem Versagen (z.B. Fehler in der Erfassung von Aufträgen, Falschberatung von Kunden, interner Betrug, Nichtdurchführung von vorgesehenen Kontrollen usw.), technischem Versagen (z.B. fehlerhafte Hardware, falsch programmierte Software, defekte Türschlösser usw.), von externen Ereignissen (z.B. Lieferung von falsch gedruckten Geschäftsberichten, externe kriminelle Handlungen, Überschwemmungen usw.). In internationalen Standards wird dieses Risiko auch als das Verlustrisiko des Investmentvermögens, das aus unzureichenden internen Prozessen sowie aus menschlichem oder Systemversagen beim AIFM oder aus externen Ereignissen resultiert; darin eingeschlossen sind Rechts-, Dokumentations- und Reputationsrisiken sowie Risiken, die aus den für den Investmentvermögen betriebenen Handels-, Abrechnungs- und Bewertungsverfahren resultieren bezeichnet.

Private Equity Risiko / Erfolgsrisiko

Private Equity-Risiken resultieren aus Vermögenswerten, die von Unternehmen ausgegeben werden, die – mit Ausnahme von indirekten Investitionen von gelisteten Private-Equity-Gesellschaften – nicht an einer Börse notiert sind bzw. gehandelt werden.

Die Unternehmen können unterschiedliche Arten von Finanzanlagen emittieren, die Eigenkapital-, Hybridkapital- oder Fremdkapitaleigenschaften aufweisen. Beispielhaft können die Finanzierungen folgende Investitionsphase umfassen:

- Einführung von Geschäftsideen oder Produktinnovationen von „jungen“ Unternehmen oder als Teil der Wachstumsfinanzierung in der späteren Entwicklung („Venture Capital“)
- Unternehmensübernahmen mit Fremdkapitaleinsatz und ggf. Teilnahme des Managements („Management-Buy-Out“)
- Besondere Situationen, wie bspw. Umstrukturierungen, Unternehmenskrisen oder Börsengänge („Distressed / Special Situations“)
- Private Equity-Anlagen weisen andere und ggf. höhere Risiken als die von börsennotierten Gesellschaften auf, da bspw.:
 - die Standards hinsichtlich Rechnungslegung, Bilanzierung, Prüfung oder Aufsicht unter dem Niveau von kotierten Anlagen liegen;

- die Unternehmen nur eine kurze Historie und eingeschränkte Markterfahrung aufweisen bzw. innovative und nicht marktetablierte Produkte anbieten;
- die Unternehmen sich in einer Krise bzw. Umstrukturierungsphase befinden und eine angespannte Finanzlage samt ungewisser Planung fehlendes Organisationsniveau aufweisen;
- vermögenswertändernde Tatbestände, wie zum Beispiel eine wesentlich andere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, können ggf. nicht zeitnah erkannt werden;
- diese Anlagen i.d.R. einen langfristigen, illiquiden Charakter aufweisen und daher nur eingeschränkt fungibel sind;
- der Investitionsprozess technisch anspruchsvoll ist und daher weiteren Risiken unterliegen kann;
- Investitionen in Private Equity-Fonds ebenfalls diese spezifischen Risiken aufweisen kann;
- zusätzliche Kosten entstehen können, die den Wert der Anlage ggf. erheblich beeinträchtigen kann.

Rechtliche und politische Risiken

Investitionen in ausländischen Rechtsordnungen mit fehlender Anwendbarkeit von inländischem Recht oder im Fall von Rechtsstreitigkeiten mit ausländischem Gerichtsstand, können zu erhöhten Rechtsrisiken führen und zu Nachteilen für den Fonds und Anleger führen.

Ineffiziente / ungenügend funktionierende Rechtssysteme führen exemplarisch zu folgenden Risiken:

Erschwerte oder unmögliche Durchsetzbarkeit von Rechtsansprüchen bei einem Gesetzes- oder Vertragsbruch oder bei Eigentumskonflikten

Mangelnde Kontrolle von Hoheitsakten seitens von Regierungsstellen

Widersprüche oder Konflikte zwischen den und innerhalb der diversen Gesetze, Regelungen, Dekrete, Verordnungen und Beschlüsse

Unerfahrenheit der Richterschaft und der Gerichtshöfe auf diesen Gebieten

Fehlende Rechtssicherheit, kurzfristig ändernde rechtliche Rahmenbedingungen, politische Einflussnahme und Korruption in der Rechtsverwaltung.

Rohstoff-, Edelmetall- und Waren(termin)risiko

Direkte und indirekte Anlagen an den Rohstoff-, Edelmetall- und Waren(termin)märkten sind grundsätzlich dem allgemeinen Marktrisiko ausgesetzt.

Daneben hängt die Wertentwicklung von Rohstoffen, Edelmetallen und Waren aber auch von der Versorgungslage der Güter, der prognostizierten Förderung/Gewinnung und Produktion sowie dem erwarteten Verbrauch ab und kann daher sehr volatil sein. Marktpreise können auch politisch beeinflusst werden (rechtliche und politische Risiken) oder geographisch bedingt Unzulänglichkeiten in der regulatorischen Aufsicht bzw. Infrastruktur des Marktes, Devisen- und Transferbeschränkungen, Moratorien, Unruhen, Embargos in erhöhtem Masse bestehen (Schwellenmarktrisiko). Folglich könnten diese Märkte nicht liquide bzw. eingeschränkt transferabel sein (Länder-/Transferrisiko).

Schwellenmarktrisiko

Anlagen in (aufstrebenden) Entwicklungs- oder Schwellenländern beinhalten möglicherweise besondere wirtschaftliche und rechtliche Risiken, die den Fonds einer erhöhten Volatilität oder Wertminderungen aussetzen können.

Dazu gehören beispielsweise: Kapitalmärkte mit einer vergleichsweise geringen Marktkapitalisierung und folglich erhöhter Volatilität, Unzulänglichkeiten in der regulatorischen Aufsicht, Infrastruktur des Marktes, im Aktionärsschutz, sowie Korruption, Devisen- und Transferbeschränkungen, Moratorien, Unruhen, Embargos (Export-/Importbeschränkungen), vergleichsweise intransparente/inkompatible Bilanzierungsrichtlinien, direkte („Verstaatlichung“) oder indirekte Enteignung („enteignungsähnliche Steuern“), erhöhte Inflation/Deflation, Währungsabwertungen, militärische Konflikte oder andere Beschränkungen durch die Regierung.

Weitergehende thematisch verwandte Ausführungen finden sich unter der Rubrik „Rechtliche und politische Risiken“.

Währungsrisiko

Hält der Fonds Vermögenswerte in Fremdwährungen, so ist er einem Währungsrisiko ausgesetzt. Sinkende Devisenkurse können zu einer Wertminderung der Fremdwährungsanlagen führen.

Neben den direkten Währungsrisiken bestehen auch indirekte Währungsrisiken. International tätige Unternehmen sind mehr oder weniger stark von der Wechselkursentwicklung abhängig, was sich indirekt auch auf die Kursentwicklung von Anlagen auswirken kann.

Bei Vorliegen von (teilweisen) Absicherungsgeschäften ist nicht auszuschliessen, dass bei Währungskursänderungen dennoch Kursverluste entstehen können und die Entwicklung des Fonds negativ beeinflusst wird.

Zinsänderungsrisiko

Soweit der Fonds in verzinsliche Wertpapiere investiert, ist er einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Steigt das Marktzinsniveau, kann der Kurswert der zum Vermögen gehörenden verzinslichen Wertpapiere erheblich sinken. Dies gilt in erhöhtem Masse, soweit das Vermögen auch verzinsliche Wertpapiere mit längerer Restlaufzeit und niedrigerer Nominalverzinsung hält.

8.3 Sonstige Risiken

Inflationsrisiko (Kaufkraftisiko)

Geldentwertung oder Inflation kann die Kaufkraft der Vermögenswerte mindern. Der reale Wert des investierten Kapitals sinkt, wenn die Inflationsrate höher ist als die Kursgewinne und/oder Erträge der Anlagen, wobei verschiedene Währungen in unterschiedlich hohem Ausmass betroffen sein können.

Konjunkturrisiko

Es handelt sich dabei um die Gefahr von Kursverlusten, die dadurch entstehen, dass bei der Anlageentscheidung die Konjunkturentwicklung nicht oder nicht zutreffend berücksichtigt und dadurch Wertpapieranlagen zum falschen Zeitpunkt getätigt oder Wertpapiere in einer ungünstigen Konjunkturphase gehalten werden.

Kündigungsfrist / Kündigungstermin

Eine Kündigung ist eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung die darauf abzielt ein Vertragsverhältnis zu beenden. Die Kündigungsfrist gibt den Zeitraum zwischen dem Eingang der Kündigungserklärung bei der Gegenpartei und der daraus resultierenden Vertragsbeendigung bzw. der Auszahlung des Gegenwerts des Anlegers.

Durch die Vorgabe sollen der Fonds und seine Anleger vor frühen Rückzahlungen geschützt werden, insbesondere wenn die Investitionen des Fonds vorrangig eine lange Laufzeit und eingeschränkte Liquidität haben sowie bei einem schnellen Verkauf ein unangemessener Liquiditätsabschlag möglich wäre.

Die Kündigungsfrist kann ggf. angehoben oder verkürzt werden, sofern die Liquidität des Fonds dies erforderlich macht.

Risiko der Änderung des Anlagespektrums und der Anlagepolitik

Durch eine Änderung der Anlagepolitik und des zulässigen Anlagespektrums kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko inhaltlich verändern.

Risiko der Änderung des Treuhandvertrags samt Auflösung des Fonds

Die Dokumente des Fonds können jederzeit mit Zustimmung der FMA geändert werden. Daneben kann der Fonds ganz bzw. teilweise aufgelöst oder mit einem anderen Fonds verschmolzen werden.

Für den Anleger besteht folglich das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann. Insbesondere bei einer sehr kurzen Anlagedauer können u.U. die Kosten eines Fonds die Erträge der Anlagen wesentlich reduzieren oder aufzehren.

Risiko der Änderung des Risiko- /Anlegerprofils

Der Anleger muss damit rechnen, dass sich das Risiko- /Anlegerprofil des Fonds jederzeit ändern kann

Risiko der Änderung von weiteren/sonstigen Rahmenbedingungen

Es können sich weitere/sonstige Rahmenbedingungen ändern, welche sich ggf. negativ auf die Vermögenswerte und folglich für die Anleger auswirken könnten.

Risiko der zeitlich beschränkten Erlaubnis zur Nichteinhaltung von Anlagebeschränkungen nach Liberierung

Die definierten Anlagebefugnisse und -beschränkungen sind ggf. – während eines bestimmten Zeitraums nach der Liberierung des Fonds – nicht einzuhalten, da sich das Portfolio noch im Aufbau befindet („Freistellung zur Einhaltung der Anlagebeschränkungen“).

Das Risiko besteht darin, dass durch die Nichteinhaltung von Anlagebeschränkungen ein möglicherweise höheres Risikopotential besteht.

Risiko hoher indirekter Kostenbelastungen

Einzelne Gestaltungsstrukturen benötigen allenfalls erhöhte betriebswirtschaftlich bedingte Aufwendungen, die i.d.R. auf Stufe der indirekten Anlagen anfallen und dort den einzelnen Anlagen belastet werden.

Schlüsselpersonenrisiko (Manager-Risiko)

Der Erfolg und das Anlageergebnis des Fonds hängen ggf. auch von den Entscheidungen und handelnden Personen ab. Bei Änderungen handelnder Personen können gegebenenfalls neue Entscheidungsträger weniger erfolgreich agieren.

Steuerrisiko

Das Kaufen, Halten oder Verkaufen von Anlagen des Fonds kann steuerrechtlichen Vorschriften ausserhalb des Domizillandes des Fonds unterliegen (Quellensteuerabzug bzw. Abgeltungsteuer).

Verhaltensökonomik (engl. „Behavioral Finance“)

Stimmungen, Meinungen und Gerüchte können einen bedeutenden Kursrückgang verursachen, obwohl sich die Ertragslage und die Zukunftsaussichten der Unternehmen, in welche investiert wird, nicht nachhaltig verändert haben müssen.

8.4 Einsatz von Finanztechniken

Unter Beachtung der Anlagebefugnisse/-beschränkungen können direkte oder indirekte Finanztechniken zur effizienten Portfolioverwaltung verwendet werden.

9 Beteiligung am AIF

9.1 Verkaufsrestriktionen

Der AIF ist nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. In Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ sind Informationen bezüglich des Vertriebs in verschiedenen Ländern enthalten. Bei der Ausgabe, beim Umtausch und Rücknahme von Anteilen im Ausland können die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Der Erwerb von Anteilen des AIF erfolgt auf der Basis des Prospektes, des Treuhandvertrages sowie des letzten Jahresberichtes. Gültigkeit haben nur die Informationen, die im Prospekt und insbesondere im Treuhandvertrag inklusive Anhang A und Anhang B enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten die vorbezeichneten konstituierenden Dokumente als durch den Anleger genehmigt.

Informationen, die nicht in diesem Prospekt und Treuhandvertrag oder der Öffentlichkeit zugänglichen Dokumenten enthalten sind, gelten als nicht autorisiert und sind nicht verlässlich. Potenzielle Anleger sollten sich über mögliche steuerliche Konsequenzen, die rechtlichen Voraussetzungen und mögliche Devisenbeschränkungen oder -Kontrollvorschriften informieren, die in den Ländern ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder ihres Aufenthaltsortes gelten und die bedeutsam für die Zeichnung, das Halten, den Umtausch, die Rücknahme oder die Veräusserung von Anteilen sein können. Weitere steuerliche Erwägungen sind im Prospekt erläutert.

Ein Verkauf von Fondsanteilen an US-Bürger ist ausgeschlossen (dies betrifft Personen, die Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika sind oder dort ihr Domizil haben und/oder dort steuerpflichtig sind, oder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die gemäß den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise eines Bundesstaates, Territoriums oder einer Besetzung der Vereinigten Staaten gegründet werden). Die Anteile wurden und werden nicht nach dem United States Securities Act aus dem Jahr 1933 in seiner geltenden Fassung (das "Gesetz von 1933") oder nach den Wertpapiergesetzen eines Bundesstaates oder einer Gebietskörperschaft der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihrer Territorien, Besitzungen oder sonstiger Gebiete registriert, die ihrer Rechtshoheit unterstehen, einschliesslich des Commonwealth von Puerto Rico (die "Vereinigten Staaten"). Sollten sich nach Begründung der Geschäftsbeziehung zu dem AIF die persönlichen Verhältnisse des Anlegers derart ändern, dass er als US-Bürger im Sinne der vorstehenden Definition zu qualifizieren ist, ist der Anleger verpflichtet die Anteile unverzüglich zu veräussern und den AIFM vollumfänglich zu informieren.

Die Anteile dürfen nicht in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen werden. Spätere Übertragungen von Anteilen in den Vereinigten Staaten bzw. an US-Personen sind unzulässig.

Der AIF wurde und wird weder nach dem United States Investment Company Act aus dem Jahr 1940 in seiner geltenden Fassung noch nach sonstigen US-Bundesgesetzen registriert. Dementsprechend werden Anteile weder in den Vereinigten Staaten noch an oder für Rechnung von US-Personen (im Sinne der Definition des Gesetzes von 1933) angeboten, verkauft oder anderweitig übertragen.

Die Anteile wurden von der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (der "SEC") oder einer sonstigen Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten weder zugelassen, noch wurde eine solche Zulassung verweigert; darüber hinaus hat weder die SEC noch eine andere Aufsichtsbehörde in den Vereinigten Staaten über die Richtigkeit oder die Angemessenheit dieses Prospektes und des Treuhandvertrages bzw. die Vorteile der Anteile entschieden.

Weitere Informationen zum Vertrieb der Anteile des AIF sind im Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ zu finden. Der Anhang B wird nicht von der FMA genehmigt und kann daher jederzeit angepasst werden. Die Änderungen werden der FMA sodann angezeigt.

9.2 Allgemeine Informationen zu den Anteilen / Anteilsklassen

Die Anteile werden nur buchmässig geführt.

Gemäss Art. 21 des Treuhandvertrages des AIF können künftig Anteilsklassen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Referenzwährung und des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme bzw. einer Kombination dieser Merkmale von den bestehenden Anteilsklassen unterscheiden. Die Rechte der Anleger, die Anteile aus bestehenden Anteilsklassen erworben haben, bleiben davon jedoch unberührt.

Die Anteilsklassen, die in Zusammenhang mit dem AIF aufgelegt sind, sowie die in Zusammenhang mit den Anteilen des AIF entstehenden Gebühren und Vergütungen sind in Anhang A "Fonds im Überblick" genannt. Überdies können bestimmte andere Gebühren, Vergütungen und Kosten aus den Vermögenswerten des AIF beglichen werden (vgl. unten Steuervorschriften sowie Kosten und Gebühren).

9.3 Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil

Der Nettoinventarwert (der «NAV», Net Asset Value) pro Anteil einer Anteilsklasse wird von dem AIFM oder einem von ihm Beauftragten am jeweiligen Bewertungstag, sowie für das Ende des Rechnungsjahres, berechnet.

Der NAV eines Anteils an einer Anteilsklasse eines Fonds ist in der Rechnungswährung des Fonds oder, falls abweichend, in der Referenzwährung der entsprechenden Anteilsklasse ausgedrückt und ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse zukommenden Quote des Vermögens Fonds, vermindert um allfällige Schuldverpflichtungen desselben Fonds, die der betroffenen Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Anteilsklasse. Er wird bei der Ausgabe und bei der Rücknahme von Anteilen auf zwei Dezimalstellen in der jeweiligen Referenzwährung gerundet.

Im Rahmen der NAV Berechnung werden jeweils aktuelle Auszüge des verwendeten Broker Accounts berücksichtigt.

Der AIFM ist berechtigt, nach Beschluss einen sogenannten Sonder-NAV in Abweichung zum üblichen Bewertungsintervall zu rechnen, um in Sonderfällen die zeitnahe Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zu ermöglichen. Hinweise dazu sind im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Weitere Informationen (z.B. Bewertungsgrundsätze für die Berechnung des Nettoinventarwertes) und Angaben sind unter Art. 26 des Treuhandvertrags zu finden.

9.4 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

Anteile des AIF werden an jedem Bewertungstag ausgegeben bzw. an jedem Bewertungstag **unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist von 3 Monaten auf den Bewertungstag** zurückgenommen, und zwar zum Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilsklasse, zuzüglich des allfälligen Ausgabeaufschlags bzw. Rückgabeabschlags und zuzüglich etwaiger Steuern und Abgaben.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 27 und Art. 28 des Treuhandvertrags zu finden.

9.5 Umtausch von Anteilen

Sofern unterschiedliche Anteilsklassen angeboten werden, kann ein Umtausch von Anteilen einer Anteilsklasse in Anteile einer anderen Anteilsklasse erfolgen. Für den Umtausch innerhalb eines AIF kann eine Umtauschgebühr erhoben werden. Falls ein Umtausch von Anteilen für Anteilsklassen nicht möglich ist, wird dies für die betroffene Anteilsklasse in Anhang A „Fonds im Überblick“ erwähnt.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 29 des Treuhandvertrags zu finden.

9.6 Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme von Anteilen

Der AIFM kann die Berechnung des Nettoinventarwertes und/oder die Ausgabe und die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen des AIF zeitweise aussetzen, sofern dies im Interesse der Anleger gerechtfertigt ist.

Weitere Informationen und Angaben sind unter Art. 30 des Treuhandvertrags zu finden.

10 Verwendung der Erträge

Der Erfolg eines AIF setzt sich aus dem Nettoertrag und den realisierten Kursgewinnen zusammen.

Der AIFM kann den in einem AIF bzw. einer Anteilsklasse erwirtschafteten Erfolg an die Anleger des AIF bzw. dieser Anteilsklasse ausschütten oder diesen Erfolg im AIF bzw. der jeweiligen Anteilsklasse wiederanlegen (thesaurieren).

Weitere Informationen zur Verwendung der Erträge sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Thesaurierend:

Anteilsklasse EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSBP USD THES (thesaurierend)

Die erwirtschafteten Erträge der Anteilsklassen EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSBP USD THES werden gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ laufend wieder angelegt, d.h. thesauriert. Realisierte Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Assets werden zur Wiederanlage zurückbehalten.

Ausschüttend:

Anteilsklassen EUR AUS, USD AUS, CHF AUS & GBP AUS (ausschüttend)

Die erwirtschafteten Erträge der Anteilsklassen EUR AUS, USD AUS, CHF AUS & GBP AUS werden gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ jährlich ausgeschüttet. Die Höhe der ausgeschütteten Erträge erfolgt durch Beschluss des AIFM. Falls Ausschüttungen vorgenommen werden, erfolgen diese innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres.

Der Prozentsatz des Nettovermögens, welches den jeweiligen Anteilsklasse zuzurechnen ist, wird durch das Verhältnis der ausgegebenen Anteile der Anteilsklasse gegenüber der Gesamtheit der ausgegebenen Anteile des AIF bestimmt und ändert sich im Zusammenhang mit den getätigten Ausschüttungen wie folgt:

Jedes Mal, wenn eine Ausschüttung auf Anteile der Anteilsklasse EUR AUS, USD AUS, CHF AUS oder GBP AUS vorgenommen wird, wird der Nettoinventarwert der Anteile der jeweiligen Anteilsklasse um den Betrag der Ausschüttung gekürzt (was eine Minderung des Prozentsatzes des Vermögen des AIF, welcher den AUS-Anteilen zuzurechnen ist, zur Folge hat), während der Nettoinventarwert der Anteile der Anteilsklassen EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSPB USD THES unverändert bleibt (was eine Erhöhung des Prozentsatzes des Vermögen des AIF, welcher den THES-Anteilen zuzurechnen ist, zur Folge hat).

11 Steuervorschriften

Fondsvermögen

Alle liechtensteinischen AIF in der Rechtsform des (vertraglichen) Investmentfonds bzw. der Kollektivtreuhänderschaft sind in Liechtenstein unbeschränkt steuerpflichtig und unterliegen der Ertragssteuer. Die Erträge aus dem verwalteten Vermögen stellen im Fürstentum Liechtenstein jedoch steuerfreien Ertrag dar.

Emissions- und Umsatzabgaben

Die Begründung (Ausgabe) von Anteilen an einem solchen AIF unterliegt nicht der Emissions- und Umsatzabgabe. Die entgeltliche Übertragung von Eigentum an Anlegeranteilen unterliegt der Umsatzabgabe, sofern eine Partei oder ein Vermittler inländischer Effektenhändler ist. Die Rücknahme von Anlegeranteilen ist von der Umsatzabgabe ausgenommen. Der vertragliche Investmentfonds oder die Kollektivtreuhänderschaft gilt als von der Umsatzabgabe befreiter Anleger.

Quellen- bzw. Zahlstellensteuern

Der AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft untersteht keiner Quellensteuerpflicht im Fürstentum Liechtenstein, insbesondere keiner Coupon- oder Verrechnungssteuerpflicht.

Ausländische Erträge und Kapitalgewinne, die vom AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft des AIF erzielt werden, können den jeweiligen Quellensteuerabzügen des Anlagelandes unterliegen. Allfällige Doppelbesteuerungsabkommen bleiben vorbehalten. Es können sowohl Erträge als auch Kapitalgewinne, ob ausgeschüttet oder thesauriert, je nach Person, welche die Anteile des AIF direkt oder indirekt hält, teilweise oder ganz einer sogenannten Zahlstellensteuer und Meldepflichten unterliegen.

Der AIF hat insbesondere folgenden Steuerstatus:

Steuerabkommen AT –FL:

Liechtenstein und Österreich haben am 29. Januar 2013 das Abkommen über die Zusammenarbeit in dem Bereich der Steuern («Steuerabkommen») unterzeichnet. Es ist nach Ratifizierung per 1. Januar 2014 in Kraft getreten.

Betroffen sind alle natürlichen Personen, die in Österreich ansässig sind (d.h. einen Wohnsitz in Österreich haben) und die ein Konto oder Depot bei einer liechtensteinischen Bank besitzen oder an Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur (z.B. transparente Stiftung, Trust oder Anstalt) nutzungsberechtigt sind. Zusätzlich sind natürliche und juristische Personen, die Zuwendungen an eine intransparente Vermögensstruktur (z.B. intransparente Stiftung, Trust oder Anstalt) tätigen und natürliche Personen, die Zuwendungen von einer intransparenten Vermögensstruktur erhalten, betroffen.

Automatischer Informationsaustausch (AIA)

In Bezug auf den AIF kann eine liechtensteinische Zahlstelle verpflichtet sein unter Beachtung der AIA Abkommen die Anteilsinhaber an die lokale Steuerbehörde zu melden bzw. zur entsprechenden gesetzlichen Meldung verpflichtet zu sein.

Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Der Fonds kann entweder als meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut (FFI) oder als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut eingestuft werden und kann zur Einhaltung der unter FATCA geltenden Regelungen verpflichtet sein, personenbezogene Daten zu bestimmten US Personen und/oder nicht teilnehmenden Finanzinstituten (FFI) den lokalen Steuerbehörden gegenüber offenzulegen.

Stempelsteuer:

Gemäss Zollanschlussvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein findet das schweizerische Stempelsteuerrecht auch in Liechtenstein Anwendung. Im Sinne der schweizerischen Stempelsteuergesetzgebung gilt das Fürstentum Liechtenstein daher als Inland.

Natürliche Personen mit Steuerdomizil in Liechtenstein

Der im Fürstentum Liechtenstein domizilierte private Anleger hat seine Anteile als Vermögen zu deklarieren und diese unterliegen der Vermögenssteuer. Allfällige Ertragsausschüttungen bzw. thesaurierte Erträge des AIF in der Rechtsform des vertraglichen Investmentfonds oder der Kollektivtreuhänderschaft sind erwerbssteuerfrei. Die beim Verkauf der Anteile erzielten Kapitalgewinne sind erwerbssteuerfrei. Kapitalverluste können vom steuerpflichtigen Erwerb nicht abgezogen werden.

Personen mit Steuerdomizil ausserhalb von Liechtenstein

Für Anleger mit Domizilland ausserhalb des Fürstentums Liechtenstein richtet sich die Besteuerung und die übrigen steuerlichen Auswirkungen beim Halten bzw. Kaufen oder Verkaufen von Anlegeranteilen nach den steuergesetzlichen Vorschriften des jeweiligen Domizillandes.

Disclaimer

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage und Praxis aus. Änderungen der Gesetzgebung, Rechtsprechung bzw. Erlasse und Praxis der Steuerbehörden bleiben ausdrücklich vorbehalten. Anleger werden aufgefordert, bezüglich der entsprechenden Steuerfolgen ihren eigenen professionellen Berater zu konsultieren. Weder der AIFM, die Verwahrstelle noch deren Beauftragte können eine Verantwortung für die individuellen Steuerfolgen beim Anleger aus dem Kauf oder Verkauf bzw. dem Halten von Anlegeranteilen übernehmen.

12 Kosten und Gebühren

Die Anleger und / oder der AIF tragen diverse Kosten und Gebühren, die im Zusammenhang mit dem Erwerb und Halten von Fondsanteilen und dem Verwalten des AIF anfallen.

Weitere Informationen zu den verschiedenen Kosten und Gebühren finden sich im Treuhandvertrag sowie im Anhang A „Fonds im Überblick“.

13 Informationen an die Anleger

Publikationsorgan des AIF ist die Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li).

Sämtliche Mitteilungen an die Anleger, auch über die Änderungen des Treuhandvertrages und des Anhangs A „Fonds im Überblick“ werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und Datenträgern veröffentlicht.

Der Nettoinventarwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile des AIF bzw. Anteilsklasse werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) bekanntgegeben.

Regelmässige Informationen an die Anleger:

Der AIFM hat während des Anlegezeitraums regelmässige Informationen nach Art. 106 AIFMG zur Verfügung zu stellen. Diese Informationen werden dem Anleger am Sitz des AIFM kostenlos zur Verfügung gestellt. Sind diese oder Teile dieser Informationen Inhalt der periodischen Berichterstattung, bleiben diese Informationen unverändert auf der Homepage des LAFV, als Publikationsorgan, jederzeit abrufbar.

Der von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresbericht wird den Anlegern am Sitz des AIFM und der Verwahrstelle kostenlos zur Verfügung gestellt.

14 Dauer, Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen des AIF

14.1 Dauer

Der AIF ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

14.2 Auflösung

Die Auflösung des AIF erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Zusätzlich ist der AIFM jederzeit berechtigt, den AIF oder einzelne Anteilsklassen aufzulösen.

Der Beschluss über die Auflösung des AIF bzw. einer Anteilsklasse wird auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen im Prospekt genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares) veröffentlicht. Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben, umgetauscht oder zurückgenommen.

Bei Auflösung des AIF darf der Liquidator die Aktiven des AIFs unverzüglich liquidieren. Der Liquidator ist berechtigt, die Verwahrstelle zu beauftragen, den Nettoliquidationserlös nach Abzug der Liquidationskosten an die Anleger zu verteilen. Die Liquidation des AIF erfolgt gemäss den Bestimmungen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts.

14.3 Strukturmassnahmen

Gemäss dem AIFMG bzw. dem AIFMV kann der AIFM jederzeit und nach freiem Ermessen mit Genehmigung der FMA Liechtenstein eine Strukturmassnahme bzgl. des AIFs beschliessen. Eine Strukturmassnahme ist insbesondere eine Verschmelzung oder Umwandlung. Eine Verschmelzung kann unabhängig davon, welche Rechtsform der andere AIF hat und ob der andere AIF seinen Sitz in Liechtenstein hat oder nicht, erfolgen.

Daneben sind auch andere Strukturmassnahmen nach dem AIFMG bzw. AIFMV zulässig. Sofern nachfolgend keine anderen Regelungen getroffen wurden, gelten die gesetzlichen Bestimmungen gemäss AIFMG bzw. AIFMV sowie die dazugehörigen Bestimmungen.

Gemäss Art. 85 AIFMG bedarf die Verschmelzung nicht der Zustimmung der Anleger. Dem Anleger wird kein Recht zur Zustimmung eingeräumt.

Weitere Informationen zu Auflösung, Verschmelzung und Strukturmassnahmen sind in den Art. 9 ff. im Treuhandvertrag zu finden.

Ebenso ist es möglich, den AIF in eine Umbrella-Struktur mit Teilfonds umzuwandeln.

15 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache

Der AIF untersteht liechtensteinischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle ist Vaduz, Fürstentum Liechtenstein.

Der AIFM und/oder die Verwahrstelle können sich jedoch im Hinblick auf Ansprüche von Anlegern aus diesen Ländern dem Gerichtsstand der Länder unterwerfen, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden. Anderslautende gesetzlich zwingende Gerichtsstände bleiben vorbehalten.

Als rechtsverbindliche Sprache für den Prospekt, den Treuhandvertrag sowie Anhang A „Fonds im Überblick“ und etwaigen weiteren Anhängen gilt die deutsche Sprache.

Der vorliegende Prospekt tritt am 10. Oktober 2019 in Kraft.

16 Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer

Nach geltendem Recht im Fürstentum Liechtenstein werden die konstituierenden Dokumente der FMA im Rahmen des Autorisierungsverfahrens vorgelegt. Die FMA würdigt dabei nur diejenigen Angaben, welche die Umsetzung der Bestimmungen des AIFMG / AIFMV betreffen. Aus diesem Grund ist der auf ausländischem Recht basierende Anhang B „Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer“ (falls vorhanden) nicht Gegenstand der Tätigkeit der FMA.

Teil II Treuhandvertrag des BP Family Office Fund

Präambel

Der Treuhandvertrag sowie der Anhang A „Fonds im Überblick“ bilden eine wesentliche Einheit. Soweit ein Sachverhalt in diesem Treuhandvertrag nicht geregelt ist, richten sich die Rechtsverhältnisse zwischen den Anlegern und dem AIFM nach dem Gesetz vom 19. Dezember 2012 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMG) und der Verordnung vom 22. März 2016 über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMV), und, soweit dort keine Regelungen getroffen sind, nach den Bestimmungen des Personen und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Treuhänderschaft.

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Der AIF

Das Investmentunternehmen BP Family Office Fund wurde als Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger nach Art. 23 des Gesetzes über Investmentunternehmen vom 19. Mai 2005 (IUG) i.V.m. Art. 28 und Art. 29 der Verordnung über Investmentunternehmen (IUV) gegründet und mit Datum 8. Juni 2015 wurde von der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein die Empfangsbescheinigung nach Art. 28 Abs. 3 IUV ausgestellt. Der Fonds ist am 11. Juni 2015 unter der Registernummer FL-0002.500.038-9 in das Handelsregister eingetragen worden. Mit Beschluss vom 11. August 2017 hat die Verwaltungsgesellschaft beschlossen, dass der BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger umgewandelt wird. Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein hat mit Schreiben vom 01. Februar 2018 die Umwandlung des BP Family Office Fund in einen AIF für qualifizierte / professionelle Anleger, die Änderung der konstituierenden Dokumente, sowie die Autorisierung per 01. Februar 2018 genehmigt.

Der AIF hat die Rechtsform einer Kollektivtreuhänderschaft. Eine Kollektivtreuhänderschaft ist das Eingehen einer inhaltlich identischen Treuhänderschaft mit einer unbestimmten Zahl von Anlegern zu Zwecken der Vermögensanlage und Verwaltung für Rechnung der Anleger, wobei die einzelnen Anleger gemäss ihrem Anteil an dieser Treuhänderschaft beteiligt sind und nur bis zur Höhe des Anlagebetrags persönlich haften.

Der AIF kann gemäss seiner Anlagepolitik in Wertpapiere und andere Vermögenswerte investieren. Die Anlagepolitik des AIF wird im Rahmen der Anlageziele (vgl. Anhang A) festgelegt. Das Nettovermögen des AIF bzw. einer jeden Anteilsklasse und die Nettoinventarwerte der Anteile des AIF bzw. der Anteilsklassen werden in der jeweiligen Referenzwährung ausgedrückt.

Die jeweiligen Rechte und Pflichten der Eigentümer der Anteile (nachstehend als „Anleger“ bezeichnet) und dem AIFM und der Verwahrstelle sind durch den vorliegenden Treuhandvertrag geregelt.

Mit dem Erwerb von Anteilen (die „Anteile“) des AIF erkennt jeder Anleger den Treuhandvertrag an, welcher die vertraglichen Beziehungen zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle festsetzt sowie den vorstehenden Prospekt und die ordnungsgemäss durchgeführten Änderungen dieses Dokuments. Mit der Veröffentlichung von Änderungen des Prospekts, des Geschäftsberichtes oder anderer Dokumente auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes sind diese Änderungen für die Anleger verbindlich.

Art. 2 Der AIFM

Die CAIAC Fund Management AG, Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendern ist der „AIFM“.

Der AIFM verwaltet den AIF für Rechnung und im ausschliesslichen Interesse der Anleger gemäss den Bestimmungen des Treuhandvertrags sowie des Anhangs A „Fonds im Überblick“.

Der AIFM ist berechtigt, im eigenen Namen über die zum AIF gehörenden Gegenstände nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Treuhandvertrags zu verfügen und alle Rechte daraus auszuüben.

Art. 3 Aufgabenübertragung

Der AIFM kann unter Einhaltung der Bestimmungen des AIFMG und der AIFMV einen Teil seiner Aufgaben zum Zweck einer effizienten Geschäftsführung auf Dritte übertragen. Die genaue Ausführung des Auftrags wird jeweils in einem zwischen dem AIFM und dem Beauftragten abgeschlossenen Vertrag geregelt.

Weitere Angaben zur Aufgabenübertragung – falls vorhanden - finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“.

Art. 4 Verwahrstelle

Der AIFM hat für das Fondsvermögen eine Bank oder Wertpapierfirma nach liechtensteinischem Bankengesetz mit Sitz oder Niederlassung im Fürstentum Liechtenstein oder eine andere gemäss AIFMG zugelassene Stelle als Verwahrstelle bestellt. Die Funktion der Verwahrstelle richtet sich nach dem AIFMG, dem Verwahrstellenvertrag und diesem Treuhandvertrag.

Weitere Angaben zur Verwahrstelle finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“.

Art. 5 Primebroker

Als Primebroker kann nur ein Kreditinstitut, eine regulierte Wertpapierfirma oder eine andere Einheit, die einer Regulierungsaufsicht und ständigen Überwachung unterliegt und professionellen Anlegern Dienstleistungen anbietet, in erster Linie, um als Gegenpartei Geschäfte mit Finanzinstrumenten zu finanzieren oder durchzuführen, und die möglicherweise auch andere Dienstleistungen wie Clearing und Abwicklung von Geschäften, Verwahrungsdienstleistungen, Wertpapierleihe und individuell angepasste Technologien und Einrichtungen zur betrieblichen Unterstützung anbietet, bestellt werden.

Ein Primebroker kann von der Verwahrstelle als Unterverwahrstelle, oder vom AIFM als Geschäftspartner beauftragt werden.

Weitere Angaben zum Prime Broker – falls vorhanden - finden sich im Prospekt unter „Der AIF im Überblick“

Art. 6 Wirtschaftsprüfer

Der AIF und der AIFM haben ihre Geschäftstätigkeit und die Jahresberichte durch einen von ihnen unabhängigen und von der FMA anerkannten Wirtschaftsprüfer – welcher unter „Der AIF im Überblick“ genannt ist - jährlich prüfen zu lassen.

II. Vertrieb

Art. 7 Vertriebsinformationen / Verkaufsrestriktionen

Der AIFM stellt den Anlegern die gemäss AIFMG notwendigen Informationen in der jeweils aktuellen Fassung vor deren Anteilserwerb des AIF auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband unter www.lafv.li zur Verfügung. Weiters können diese bei dem AIFM und der Verwahrstelle kostenlos bezogen werden.

Der Erwerb von Anteilen erfolgt auf der Basis der konstituierenden Dokumente sowie des letzten Jahresberichtes, sofern dessen Publikation bereits erfolgte. Gültigkeit haben nur die Informationen, die in den konstituierenden Dokumenten enthalten sind. Mit dem Erwerb der Anteile gelten diese als durch den Anleger genehmigt.

Anteile des AIF können über die Verwahrstelle sowie über jede weitere Bank mit Sitz im In- oder Ausland erworben werden, welche der Richtlinie 2015/849/EU oder einer gleichwertigen Regelung und einer angemessenen Aufsicht untersteht.

Die Anteile des AIF sind nicht in allen Ländern der Welt zum Vertrieb zugelassen. Bei der Ausgabe, der Rücknahme und beim Umtausch von Anteilen im Ausland kommen die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

Art. 8 Qualifizierter Anleger / Professioneller Anleger

Der AIF kann nur von einem oder mehreren professionellen Anlegern, qualifizierten Anlegern oder Anlegern, die beide Kriterien erfüllen, gezeichnet werden.

Der AIF kann nicht von Privatanlegern gezeichnet werden, es sei denn, sie wären vom Kreis der unten aufgeführten qualifizierten Anleger umfasst.

A. Qualifizierte Anleger sind:

Der Erwerb eines Anteils an einem AIF für qualifizierte Anleger setzt die Unterzeichnung eines Zeichnungsscheines durch den qualifizierten Anleger oder die Person voraus, mit der der qualifizierte Anleger einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag nach AIFMV Art. 62 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 abgeschlossen hat. Der Unterzeichner des Zeichnungsscheines bestätigt, dass zum Zeitpunkt der Unterzeichnung eine der Voraussetzungen nach Art. 62 Abs. 1 Bst. b erfüllt ist.

Qualifizierte Anleger nach liechtensteinischem Recht können als Privatanleger nach MIFID II anzusehen sein.

Kreis der qualifizierten Anleger:

1. Professionelle Anleger nach Art. 4. Abs. 1 Ziff. 31 AIFMG

2. Privatanleger, die zumindest eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen (vgl. Art. 62 AIFMV):

- 2.1 Erbringung einer Mindestanlage von 100 000 Euro oder den Gegenwert in einer anderen Währung, wenn der Privatanleger im Zeitpunkt der Zeichnung direkt oder indirekt über Finanzanlagen im Wert von 1 Million Euro oder den Gegenwert in einer anderen Währung verfügt;
- 2.2 Erbringung einer Mindestanlage von 100 000 Euro oder den Gegenwert in einer anderen Währung, wenn:
 - a) der Anleger schriftlich in einem vom Vertrag über die Investitionsverpflichtung getrennten Dokument angibt, dass er sich der Risiken im Zusammenhang mit der beabsichtigten Verpflichtung oder Investition bewusst ist;
 - b) der AIFM den Sachverstand, die Erfahrungen und die Kenntnisse des Anlegers bewertet, ohne von der Annahme auszugehen, dass der Anleger über die Marktkenntnisse und -erfahrungen eines professionellen Kunden verfügt;

- c) der AIFM unter Berücksichtigung der Art der beabsichtigten Verpflichtung oder Investition hinreichend davon überzeugt ist, dass der Anleger in der Lage ist, seine Anlageentscheidungen selbst zu treffen und die damit einhergehenden Risiken zu verstehen, und eine solche Verpflichtung für den betreffenden Anleger angemessen ist;
 - d) der AIFM schriftlich bestätigt, dass er die unter Unterbst. b) genannte Bewertung vorgenommen hat und die unter Unterbst. c) genannten Voraussetzungen gegeben sind;
- 2.3 Abschluss eines schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrags mit Personen mit Sitz im In- oder Ausland, die:
- a) für die Vermögensverwaltung nach EWR-Recht zugelassen sind; oder
 - b) in Drittstaaten von der nationalen Aufsichtsbehörde für die Vermögensverwaltung zugelassen sind oder für ihre Vermögensverwaltungstätigkeit einer von der nationalen Aufsichtsbehörde anerkannten Selbstregulierungsorganisation angehören und einer dem EWR-Recht gleichwertigen Geldwäschereiregelung unterstehen. Die FMA erlässt eine Liste der Länder mit gleichwertigen Regelungen.

B. Professioneller Anleger

Für AIF für professionelle Anleger im Sinne von Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II) gilt Folgendes:

Ein professioneller Kunde ist ein Kunde, der über ausreichend Erfahrung, Kenntnis und Sachverstand verfügt, um seine Anlageentscheidungen selbst treffen und die damit verbundenen Risiken angemessen beurteilen zu können. Um als professioneller Kunde angesehen zu werden, muss dieser den folgenden Kriterien genügen:

Kategorien von Kunden, die als professionelle Kunden angesehen werden

Folgende Rechtspersönlichkeiten sollten in Bezug auf alle Wertpapierdienstleistungen und Finanzinstrumente als professionelle Kunden im Sinne der Richtlinie angesehen werden:

1. Rechtspersönlichkeiten, die zugelassen sein oder unter Aufsicht stehen müssen, um auf den Finanzmärkten tätig werden zu können. Die nachstehende Liste ist so zu verstehen, dass sie alle zugelassenen Rechtspersönlichkeiten umfasst, die die Tätigkeiten erbringen, die für die genannten Rechtspersönlichkeiten kennzeichnend sind:
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Mitgliedstaat im Rahmen einer Richtlinie zugelassen werden,
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Mitgliedstaat ohne Bezugnahme auf eine Richtlinie zugelassen oder beaufsichtigt werden,
 - Rechtspersönlichkeiten, die von einem Drittland zugelassen oder beaufsichtigt werden:
 - a) Kreditinstitute
 - b) Wertpapierfirmen
 - c) sonstige zugelassene oder beaufsichtigte Finanzinstitute
 - d) Versicherungsgesellschaften
 - e) Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwaltungsgesellschaften
 - f) Pensionsfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften
 - g) Warenhändler und Warenderivate-Händler
 - h) örtliche Anleger
 - i) sonstige institutionelle Anleger.
2. Grosse Unternehmen, die auf Unternehmensebene zwei der nachfolgenden Anforderungen erfüllen:
 - Bilanzsumme: 20 000 000 EUR,
 - Nettoumsatz: 40 000 000 EUR,
 - Eigenmittel: 2 000 000 EUR.
3. Nationale und regionale Regierungen, Stellen der staatlichen Schuldenverwaltung, Zentral-banken, internationale und supranationale Einrichtungen wie die Weltbank, der IWF, die EZB, die EIB und andere vergleichbare internationale Organisationen.
4. Andere institutionelle Anleger, deren Haupttätigkeit in der Anlage in Finanzinstrumenten besteht, einschließlich Einrichtungen, die die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten und andere Finanzierungsgeschäfte betreiben.

Die oben genannten Rechtspersönlichkeiten werden als professionelle Kunden angesehen. Es muss ihnen allerdings möglich sein, eine Behandlung als nichtprofessioneller Kunde zu beantragen, bei der Wertpapierfirmen bereit sind, ein höheres Schutzniveau zu gewähren. Handelt es sich bei dem Kunden einer Wertpapierfirma um eines der oben genannten Unternehmen, muss die Wertpapierfirma ihn vor Erbringung jeglicher Dienstleistungen darauf hinweisen, dass er aufgrund der ihr vorliegenden Informationen als professioneller Kunde eingestuft und behandelt wird, es sei denn, die Wertpapierfirma und der Kunde vereinbaren etwas anderes. Die Firma muss den Kunden auch darüber informieren, dass er eine Änderung der vereinbarten Bedingungen beantragen kann, um sich ein höheres Schutzniveau zu verschaffen.

Es obliegt dem als professioneller Kunde eingestuftem Kunden, das höhere Schutzniveau zu beantragen, wenn er glaubt, die mit der Anlage verbundenen Risiken nicht korrekt beurteilen oder steuern zu können.

Das höhere Schutzniveau wird dann gewährt, wenn ein als professioneller Kunde eingestufteter Kunde eine schriftliche Übereinkunft mit der Wertpapierfirma dahingehend trifft, ihn im Sinne der geltenden Wohlverhaltensregeln nicht als professionellen Kunden zu behandeln. In dieser Übereinkunft sollte festgelegt werden, ob dies für eine oder mehrere Dienstleistung(en) oder Geschäfte oder für eine oder mehrere Art(en) von Produkten oder Geschäften gilt.

5. Kunden, die gemäss Richtlinie 2014/65/EU (MiFID II) auf Antrag als professionelle Kunden behandelt werden können.

III. Strukturmassnahmen

Art. 9 Allgemeines

Sofern nachfolgend keine anderen Regelungen getroffen wurden, gelten für Strukturmassnahmen die gesetzlichen Bestimmungen der Art. 76 ff. AIFMG sowie die dazugehörigen Verordnungsbestimmungen. Insbesondere ist es möglich, AIF auf OGAW nach den Bestimmungen des UCITSG zu verschmelzen.

Ebenso ist es möglich, den AIF zu spalten oder zu vereinigen.

Art. 10 Verschmelzung

Im Sinne von Art. 78 AIFMG kann der AIFM jederzeit und nach freiem Ermessen mit Genehmigung der entsprechenden Aufsichtsbehörde die Verschmelzung des AIF mit einem oder mehreren anderen AIF beschliessen und zwar unabhängig davon, welche Rechtsform der AIF hat und ob der andere AIF seinen Sitz in Liechtenstein hat oder nicht. Es ist möglich, den AIF um Anteilklassen zu ergänzen und in segmentierten AIF mit Teilfonds umzuwandeln.

Alle Vermögensgegenstände des AIF dürfen zu einem beliebigen Übertragungsstichtag auf einen anderen bestehenden, oder einen durch die Verschmelzung neu gegründeten AIF bzw. anderen AIF-Teilfonds übertragen werden.

Die Anlegerinformation wird mindestens 45 Tage vor der letzten Frist für einen Antrag auf Anteilsrücknahme oder gegebenenfalls Umwandlung, mindestens jedoch 45 Tage vor dem Verschmelzungstermin publiziert. Die Anleger erhalten auch die wesentlichen Anlegerinformationen für den AIF, der bestehenbleibt oder durch die Verschmelzung neu gebildet wird.

Die Anleger haben bis zum geplanten Übertragungsstichtag entweder die Möglichkeit, ihre Anteile ohne Rückgabeabschlag zurückzugeben, oder ihre Anteile gegen Anteile eines anderen AIFs umzutauschen, der ebenfalls von dem AIFM verwaltet wird und über eine ähnliche Anlagepolitik wie der zu verschmelzende AIF verfügt.

Gemäss Art. 85 AIFMG bedarf die Verschmelzung nicht der Zustimmung der Anleger. Dem Anleger wird kein Recht zur Zustimmung eingeräumt.

Am Übertragungsstichtag werden die Werte des übernehmenden und des übertragenden Sondervermögens oder AIF berechnet, das Umtauschverhältnis wird festgelegt und der gesamte Vorgang wird vom Wirtschaftsprüfer oder der Verwahrstelle geprüft. Das Umtauschverhältnis ermittelt sich nach dem Verhältnis der Nettoinventarwerte des übernommenen und des aufnehmenden Sondervermögens zum Zeitpunkt der Übernahme. Der Anleger erhält die Anzahl von Anteilen an dem neuen Sondervermögen, die dem Wert seiner Anteile an dem übertragenden Sondervermögen entspricht. Es besteht auch die Möglichkeit, dass den Anlegern des übertragenden Sondervermögens bis zu 10% des Wertes ihrer Anteile in bar ausgezahlt werden.

Der AIFM macht im Publikationsorgan des AIF, der Web-Seite des LAFV Liechtensteinischer Anlagefondsverband www.lafv.li bekannt, wenn der AIF einen anderen AIF aufgenommen hat und die Verschmelzung wirksam geworden ist. Sollte der AIF durch eine Verschmelzung untergehen, übernimmt der AIFM die Bekanntmachung, die den aufnehmenden oder neu gegründeten AIF verwaltet.

Die Übertragung aller Vermögensgegenstände dieses AIF auf einen anderen inländischen AIF oder einen anderen ausländischen AIF findet nur mit Genehmigung der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) statt.

Art. 11 Informationen, Zustimmung und Anlegerrechte

Informationen betreffend Verschmelzungen erfolgen auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF. Lediglich für die Herbeiführung der Verzichtswirkung oder der Verwirkung nach Art. 43 AIFMG erfolgt die Publikation mittels dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares).

Die Anleger werden angemessen und präzise über die geplante Verschmelzung informiert. Die Anlegerinformation muss den Anlegern ein fundiertes Urteil über die Auswirkungen des Vorhabens auf ihre Anlage und die Ausübung ihrer Rechte nach Art. 84 und 85 AIFMG ermöglichen.

Die Anleger können im Fall einer Verschmelzung ohne weitere Kosten als jene, die vom AIF zur Deckung der Auflösungskosten einbehalten werden

- a) den Wiederverkauf ihrer Anteile;
- b) die Rücknahme ihrer Anteile; oder
- c) den Umtausch ihrer Anteile in solche eines anderen AIF mit ähnlicher Anlagepolitik verlangen.

Das Umtauschrecht besteht nur, soweit ein AIF mit ähnlicher Anlagepolitik von demselben AIFM oder einer mit dem AIFM eng verbundenen Gesellschaft verwaltet wird. Gegebenenfalls erhalten die Anleger einen Spitzenausgleich.

Dieses Recht entsteht mit der Übermittlung der Anlegerinformation und erlischt spätestens im Zeitpunkt der Verschmelzung.

Art. 12 Kosten der Verschmelzung

Rechts-, Beratungs- oder Verwaltungskosten, die mit der Vorbereitung und Durchführung der Verschmelzung verbunden sind, werden weder einem der an der Verschmelzung beteiligten AIF noch den Anlegern angelastet.

Für Strukturmassnahmen nach Art. 90 AIFMG gilt dies sinngemäss.

Bei AIF, die ausschliesslich an professionelle Anleger vertrieben werden, können für Strukturmassnahmen im Sinne von Art. 90 AIFMG Rechts-, Beratungs- oder Verwaltungskosten, die mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Strukturmassnahmen verbunden sind, dem jeweiligen Fondsvermögen angelastet werden. In diesem Fall sind in der Anlegerinformation die voraussichtlichen Kosten sowohl gesamt als auch überschlägig pro Anteil anzugeben, sofern auf die Anlegerinformation nicht gänzlich verzichtet wurde.

Art. 13 Umgestaltung eines Master- oder Feeder-AIF in einen AIF und umgekehrt

Die Umgestaltung eines Feeder- oder Master-AIF in einen AIF und umgekehrt wird als Änderung der konstituierenden Dokumente gehandhabt.

IV. Auflösung des AIF und seiner Anteilsklassen

Art. 14 Im Allgemeinen

Die Bestimmungen zur Auflösung des AIF gelten ebenfalls für etwaige Anteilsklassen (falls vorhanden). Die Anleger werden über den Beschluss auf dem gleichen Weg informiert, wie im vorhergehenden Abschnitt „Strukturmassnahmen“ beschrieben.

Art. 15 Beschluss zur Auflösung

Die Auflösung des AIF erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Zusätzlich ist der AIFM jederzeit berechtigt, den AIF bzw. eine einzelne Anteilsklasse aufzulösen.

Der Beschluss über die Auflösung des AIF bzw. einer Anteilsklasse wird mindestens 30 Tage vor Wirksamwerden der Auflösung auf der Webseite des Liechtensteinischen Anlagefondsverbandes LAFV (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien oder dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, E-Mail oder Vergleichbares) veröffentlicht. Der FMA wird eine Kopie der Anlegermitteilung zugestellt. Vom Tage des Auflösungsbeschlusses an werden keine Anteile mehr ausgegeben, umgetauscht oder zurückgenommen.

Bei Auflösung des AIF darf der Liquidator unverzüglich beginnen, die Aktiven des AIF im besten Interesse der Anleger zu liquidieren. Der Liquidator ist berechtigt, die Verwahrstelle zu beauftragen, den Nettoliquidationserlös nach Abzug der Liquidationskosten an die Anleger zu verteilen. Im Übrigen erfolgt die Liquidation des AIF gemäss den Bestimmungen des liechtensteinischen Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR).

Wenn der AIFM eine Anteilsklasse auflöst, ohne den AIF aufzulösen, werden alle Anteile dieser Klasse zu ihrem dann gültigen Nettoinventarwert zurückgenommen. Diese Rücknahme wird vom AIFM veröffentlicht und der Rücknahmepreis wird von der Verwahrstelle zugunsten der ehemaligen Anleger ausbezahlt.

Die Liquidation/Auflösung kann auch durch eine Sachauslage abgeschlossen werden. In diesem Fall müssen die Anleger binnen 30 Tagen nach der Publikation der Ankündigung der Sachauslage, dieser zuzustimmen. Andernfalls gilt die Sachauslage als abgelehnt.

Art. 16 Gründe für die Auflösung

Soweit das Nettovermögen des AIF einen Wert unterschreitet, der für eine wirtschaftlich effiziente Verwaltung erforderlich ist, sowie im Falle einer wesentlichen Änderung im politischen, wirtschaftlichen oder geldpolitischen Umfeld oder im Rahmen einer Rationalisierung kann der AIFM beschliessen, alle Anteile des AIF oder einer Anteilsklasse zum Nettoinventarwert (unter Berücksichtigung der tatsächlichen Realisierungskurse und Realisierungskosten der Anlagen) des Bewertungstages, zu welchem der entsprechende Beschluss wirksam wird, zurückzunehmen.

Art. 17 Kosten der Auflösung

Die Kosten der Auflösung gehen zu Lasten des Fondsvermögens des AIF.

Art. 18 Auflösung und Konkurs des AIFM bzw. der Verwahrstelle

Das zum Zwecke der gemeinschaftlichen Kapitalanlage für Rechnung der Anleger verwaltete Vermögen fällt im Fall der Auflösung und des Konkurses des AIFM nicht in dessen Konkursmasse und wird nicht zusammen mit seinem Vermögen aufgelöst. Der AIF bildet zugunsten seiner Anleger ein Sondervermögen. Jedes Sondervermögen ist mit Zustimmung der FMA auf einen anderen AIFM zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen.

Im Fall des Konkurses der Verwahrstelle ist das verwaltete Vermögen des AIF mit Zustimmung der FMA auf eine andere Verwahrstelle zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen. Verwahrstelle und AIF dürfen eine Aufrechnung offener Verbindlichkeiten im Fall eines Konkurses erklären, sofern nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

Art. 19 Kündigung des Verwahrstellenvertrages

Im Falle der Kündigung des Verwahrstellenvertrages ist das Nettofondsvermögen des AIF mit Zustimmung der FMA auf eine andere Verwahrstelle zu übertragen oder im Wege der abgesonderten Befriedigung zugunsten der Anleger des AIF aufzulösen.

V. Bildung von Teilfonds und Anteilklassen

Art. 20 Bildung von Teilfonds

Dieser AIF ist keine Umbrella-Konstruktion und somit bestehen keine Teilfonds. Der AIFM kann jederzeit beschliessen den AIF in eine Umbrella-Konstruktion umzuwandeln und somit Teilfonds aufzulegen.

Art. 21 Anteilklassen

Der AIFM kann für den AIF mehrere Anteilklassen bilden.

Es können Anteilklassen gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Referenzwährung und des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme bzw. einer Kombination dieser Merkmale von den bestehenden Anteilklassen unterscheiden. Die Rechte der Anleger, die Anteile aus bestehenden Anteilklassen erworben haben, bleiben davon jedoch unberührt.

Die Anteilklassen, die in Zusammenhang mit dem AIF aufgelegt sind, sowie die in Zusammenhang mit den Anteilen des AIF entstehenden Gebühren und Vergütungen sind in Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Side Pockets:

Der AIFM ist mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde (FMA) berechtigt, illiquide Vermögensbestandteile abzuspalten und in eigenen Segmenten unterzubringen (Side Pockets). Dies ist der Fall, wenn ein wesentlicher Anteil des Fondsvermögens (mehr als 10%) längerfristig nicht ordnungsgemäss bewertet werden kann oder sich als unveräusserbar entwickelt. Die Anteilsinhaber erhalten entsprechend ihrem Anteil am ursprünglichen AIF Anteile am Side Pocket. Für den Zeitraum der Bildung der Side Pockets ist der Anteilshandel auszusetzen. Nach Bildung des Side Pockets wird dieses Segment in Liquidation gesetzt und schüttet den Liquidationserlös an die Anteilsinhaber aus, sobald die darin befindlichen Titel wieder bewertbar bzw. veräusserbar sind. Bis zum Abschluss der Liquidation werden in den gebildeten Side Pockets keine Anteile ausgegeben oder zurückgenommen.

VI. Allgemeine Anlagegrundsätze und -beschränkungen

Das Vermögen des AIF wird im Sinne der Regeln des AIFMG und nach den im Folgenden beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen angelegt.

Art. 22 Anlagepolitik

Die fondsspezifische Anlagepolitik wird für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ beschrieben.

Die folgenden allgemeinen Anlagegrundsätze und -beschränkungen gelten für den AIF, sofern keine Abweichungen oder Ergänzungen für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ enthalten sind.

Art. 23 Zugelassene Anlagen

Allfällige Einschränkungen finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

Art. 24 Derivateinsatz, Techniken und Instrumente

Der Einsatz von Derivaten, Kreditaufnahmen, Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen des AIFMG je nach gewähltem Fondstyp. Weitere Informationen dazu finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

Derivative Finanzinstrumente (einschliesslich Terminkontrakte, Optionen, Futures, Swaps, Swaptions, Credit Default Swaps, OTC-Derivatgeschäfte)

Der AIFM darf für den AIF Derivatgeschäfte zum Zwecke der Absicherung, der effizienten Portfoliosteuerung, der Erzielung von Zusatzerträgen und als Teil der Anlagestrategie tätigen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko des AIF zumindest zeitweise erhöhen. Mit solchen Transaktionen darf nicht von den Anlagezielen und -grenzen des AIF abgewichen werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument in ein derivatives Finanzinstrument eingebettet ist.

Als derivative Finanzinstrumente gelten Instrumente, deren Wert von einem Basiswert in Form eines anderen Finanzinstruments oder eines Referenzsatzes (Finanzindex, Zinssatz, Wechselkurs oder Währung, etc.) abgeleitet wird und die vertraglich geregelte Termin- oder Optionsgeschäfte sind. Indexbasierte derivative Finanzinstrumente werden als Einheit betrachtet. Die einzelnen Indexbestandteile werden nicht berücksichtigt.

Anlagen in Anteile anderer Fonds

Der AIF kann im Rahmen seiner Anlagepolitik sein Vermögen auch in andere Fonds investieren. Der AIF darf in Anteile anderer Fonds, die von demselben AIFM oder einem mit diesem verbundenen Unternehmen verwaltet werden, investieren.

Die Anleger werden darauf aufmerksam gemacht, dass auf Stufe der indirekten Anlagen zusätzliche indirekte Kosten und Gebühren anfallen sowie Vergütungen und Honorare verrechnet werden, die jedoch direkt den einzelnen indirekten Anlagen belastet werden.

Art. 25 Anlagegrenzen

Die Anlagegrenzen des AIF richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen des AIFMG je nach gewähltem Fondstyp. Allfällige Einschränkungen finden sich in Anhang A „Fonds im Überblick“.

A. Investitionszeiträume, innerhalb derer die entsprechenden Anlagegrenzen erreicht werden müssen

Die Anlagegrenzen müssen innerhalb des im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannten Zeitraumes erreicht werden.

B. Vorgehen bei Abweichungen von den Anlagegrenzen

Bei Überschreitung der genannten Grenzen hat der AIF bei seinen Verkäufen als vorrangiges Ziel die Normalisierung dieser Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger anzustreben.

C. Liquiditätsmanagement

Unter Berücksichtigung der im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes im Abschnitt „Anlageziel und Anlagepolitik“ dargelegten Anlagestrategie ergibt sich folgendes Liquiditätsprofil des Fonds:

Das Liquiditätsprofil eines Fonds ist bestimmt durch dessen Struktur hinsichtlich der im Fonds enthaltenen Vermögenswerte und Verpflichtungen sowie hinsichtlich der Anlegerstruktur des Fonds. Das Liquiditätsprofil des Fonds ergibt sich somit aus der Gesamtheit dieser Informationen. Im Hinblick auf die Vermögenswerte und Verpflichtungen des Fonds basiert das Liquiditätsprofil des Fonds dabei auf der Liquiditätseinschätzung der einzelnen Anlageinstrumente und ihrem Anteil im Portfolio. Hierfür werden für jedes Anlageinstrument verschiedene Faktoren wie beispielsweise Börsenumsätze, Bonität oder Instrumentenart sowie gegebenenfalls eine qualitative Einschätzung berücksichtigt.

Die Gesellschaft hat Rücknahmegrundsätze festgelegt, welche im Abschnitt „Rücknahme von Anteilen“ erläutert werden.

Die Gesellschaft überwacht die Liquiditätsrisiken auf Ebene des Fonds in einem mehrstufigen Prozess. Hierbei erfolgt eine Generierung von Liquiditätsinformationen sowohl für die zugrundeliegenden Anlageinstrumente im Fonds als auch für Mittelzu-/ Mittelabflüsse. Neben einer laufenden Überwachung der Liquiditätssituation anhand von Kennzahlen werden szenariobasierte Simulationen durchgeführt. In diesen wird untersucht, wie sich unterschiedliche Annahmen zur Liquidität der Vermögensgegenstände im Fonds auf die Fähigkeit auswirken, simulierte Mittelabflüsse zu bedienen. Auf der Basis sowohl quantitativer als auch qualitativer Faktoren erfolgt dann eine Gesamteinschätzung des Liquiditätsrisikos des Fonds.

Die Gesellschaft überprüft diese Grundsätze regelmässig und aktualisiert sie entsprechend.

Die Gesellschaft legt für den Fonds adäquate Limits für die Liquidität und Illiquidität fest. Vorübergehende Schwankungen sind möglich. Die Gesellschaft trifft Liquiditätsvorkehrungen und hat ein Liquiditätsüberwachungsverfahren umgesetzt, um quantitative und qualitative Risiken von Positionen und beabsichtigten Investitionen zu bewerten, die wesentliche Auswirkungen auf das Liquiditätsprofil des Vermögenswertportfolios des Fonds haben.

Diese Verfahren haben zum Gegenstand, die auf Seiten der Gesellschaft vorhandenen und permanent aktualisierten Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf die Liquidität der Vermögenswerte, in die der Fonds investiert hat oder zu investieren beabsichtigt, einschliesslich gegebenenfalls in Bezug auf das Handelsvolumen und die Preissensitivität und je nach Fall auf die Spreads einzelner Vermögenswerte unter normalen und aussergewöhnlichen Liquiditätsbedingungen, umzusetzen.

Die Gesellschaft führt regelmässig entsprechend den gesetzlichen Anforderungen, derzeit mindestens einmal jährlich, Stresstests durch, mit denen sie die Liquiditätsrisiken des Fonds bewerten kann. Die Gesellschaft führt die Stresstests auf der Grundlage zuverlässiger und aktueller quantitativer oder, falls dies nicht angemessen ist, qualitativer Informationen durch. Hierbei werden Anlagestrategie, Rücknahmefristen, Zahlungsverpflichtungen und Fristen, innerhalb derer die Vermögensgegenstände veräussert werden können, sowie gegebenenfalls

Informationen insbesondere in Bezug auf allgemeines Anlegerverhalten und Marktentwicklungen einbezogen.

Die Stresstests simulieren gegebenenfalls mangelnde Liquidität der Vermögenswerte im Fonds sowie atypische Rücknahmeforderungen.

Sie decken Marktrisiken und deren Auswirkungen ab, einschliesslich der Auswirkungen von Nachschussforderungen, Besicherungsanforderungen oder Kreditlinien. Sie tragen Bewertungssensitivitäten unter Stressbedingungen Rechnung. Sie werden unter Berücksichtigung der Anlagestrategie, des Liquiditätsprofils, der Anlegerart und der Rücknahmegrundsätze des Fonds in einer der Art des Fonds angemessenen Häufigkeit durchgeführt.

VII. Bewertung und Anteilsgeschäft

Art. 26 Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil

Der Nettoinventarwert (der «NAV», Net Asset Value) pro Anteil des AIF/einer Anteilsklasse wird von dem AIFM oder einem von ihm Beauftragten für den jeweiligen Bewertungstag, sowie für das Ende des Rechnungsjahres, berechnet.

Durch die Häufung von Bankfeiertagen zwischen dem 22. Dezember und dem 7. Januar jeden Jahres kann es zu Verzerrungen bei den Bewertungspreisen der Zielinvestments des Fonds kommen. Dies ist bedingt durch fehlende Liquidität (geringe Handelsvolumen) und unterschiedliche Öffnungszeiten der internationalen Börsenhandelsplätze. Es ist im Vorfeld nicht abschätzbar, ob ausreichende Preisqualität vorliegen wird und somit das Anteilsgeschäft des Fonds fair abgewickelt werden kann. Eine weitere Schwierigkeit stellt die verständliche und nachvollziehbare Kommunikation des Annahmeschlusses für Anteilsgeschäfte an die Anleger dar, da der entsprechende NAV (Net Asset Value, Nettoinventarwert pro Anteil) erst mehrere Tage später berechnet und die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen somit nur zeitlich verzögert verarbeitet werden kann.

Der AIFM hat daher die Möglichkeit bei Fonds mit täglichem oder wöchentlichem NAV-Bewertungsintervall zwischen dem 22. Dezember und dem 7. Januar jeden Jahres die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen sowie die Berechnung des Nettoinventarwertes abweichend von den üblich geltenden Bewertungstagen zu regeln. Hierbei kann der AIFM die Verschiebung oder das Ausfallenlassen einzelner Bewertungstage beschliessen. Zusätzlich kann der AIFM beschliessen, dass zum NAV per 31. Dezember (Jahresabschlusspreis) Anteilsgeschäft zulässig ist.

Der AIFM informiert die Anleger im Publikationsorgan des Fonds oder durch direkte Information spätestens bis zum 30. November jeden Jahres über die Modalitäten des Anteilsgeschäfts und die NAV-Bewertung an den jeweils bevorstehenden Werktagen und dem jeweiligen Jahreswechsel.

Der NAV eines Anteils an einer Anteilsklasse des AIF ist in der Rechnungswährung des AIF oder, falls abweichend, in der Referenzwährung der entsprechenden Anteilsklasse ausgedrückt und ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse zukommenden Quote des Vermögens des AIF, vermindert um allfällige Schuldverpflichtungen, die der betroffenen Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Anteilsklasse. Er wird bei der Ausgabe und bei der Rücknahme von Anteilen auf zwei Dezimalstellen wie folgt gerundet:

- auf 0.01 EUR
- auf 0.01 USD
- auf 0.01 CHF
- auf 0.01 GBP

Die Vermögenswerte werden nach den folgenden Grundsätzen bewertet:

- (1) Wertpapiere, Geldmarktinstrumente und andere Vermögenswerte, die an einer Wertpapierbörse notiert sind, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet. Bei Notierungen an mehreren Wertpapierbörsen, ist der zuletzt verfügbare Kurs jener Wertpapierbörse massgebend, welcher als entsprechender Hauptmarkt fungiert bzw. definiert ist.
- (2) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Wertpapierbörse notiert sind, die aber an einem dem Publikum offen stehenden geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs bewertet.
- (3) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente mit einer Restlaufzeit von weniger als 397 Tagen können mit der Differenz zwischen Einstandspreis (Erwerbspreis) und Rückzahlungspreis (Preis bei Endfälligkeit) linear ab- oder zugeschrieben werden. Eine Bewertung zum aktuellen Marktpreis kann unterbleiben, wenn der Rückzahlungspreis bekannt und fixiert ist.
- (4) Anlagen / Vermögenswerte, welche nicht unter Ziffer 1-3 fallen, werden zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn der AIFM und/oder ein unabhängiger Dritter unter dessen Leitung und Aufsicht, nach Treu und Glauben und nach allgemein anerkannten sowie von Wirtschaftsprüfern nachprüfbar bewertungsmethoden und -verfahren festlegt. Beispielsweise fallen hierunter i.d.R. Immobilien, Beteiligungs- / Zweckgesellschaften und andere Vermögenswerte sowie ggf. Rohstoffe und (Edel-)Metalle.

- (5) OTC-Derivate werden auf einer von dem AIFM festzulegenden und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis bewertet, wie ihn der AIFM nach Treu und Glauben und nach allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren Bewertungsmethoden festlegt.
- (6) Anteile an anderen Fonds werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet. Falls für Anteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder bei geschlossenen Fonds kein Rücknahmeanspruch besteht oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn der AIFM nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfbaren Bewertungsmethoden festlegt.
- (7) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen bewertet.
- (8) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Fondswährung lauten, wird zum letzten Devisenmittelkurs in die entsprechende Fondswährung umgerechnet.
- (9) Erworbene Immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte sind bei positivem Vorliegen von anerkannten Aktivierungsvoraussetzungen ebenfalls aktivierungsfähig. Die Bewertungen erfolgen nach Treu und Glauben durch den AIFM, wobei eine planmässige und ausserplanmässige Abschreibung der immateriellen Vermögenswerte möglich ist. Die Kosten für die Gründung des AIFs können aktiviert und über eine angemessene Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Die Bewertung aller Vermögenswerte erfolgt auf Grundlage der jeweiligen Kurse/Wertansätze zum jeweiligen Bewertungstag bzw. zuletzt verfügbaren Bewertungswert.

Der AIFM ist berechtigt, andere adäquate Bewertungsmethoden und -grundsätze für das Fondsvermögen anzuwenden, falls die oben erwähnten Kriterien zur Bewertung aufgrund besonderer Umstände unmöglich oder ungeeignet erscheinen. Bei massiven Rücknahmeanträgen kann der AIFM die Anteile des entsprechenden Fondsvermögens auf der Basis der Kurse bewerten, zu welchen die notwendigen Verkäufe von Wertpapieren voraussichtlich getätigt werden können. In diesem Fall wird für gleichzeitig eingereichte Emissions- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsmethode angewandt.

Der AIFM ist berechtigt, nach Beschluss einen sogenannten Sonder-NAV in Abweichung zum üblichen Bewertungsintervall zu rechnen, um in Sonderfällen die zeitnahe Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zu ermöglichen. Hinweise dazu sind im Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Art. 27 Ausgabe von Anteilen

Anteile werden zu jedem Bewertungstag (Ausgabetag) ausgegeben, und zwar zum Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilsklasse des entsprechenden Fonds. Von dem auf dem Zeichnungsschein vermerkten Zeichnungsbetrag (Bruttozeichnungsbetrag) werden die Zahlstellengebühr sowie allfällige Ausgabeaufschläge und Steuern berechnet und abgezogen. Der daraus resultierende Nettozeichnungsbetrag wird daraufhin zum NAV des entsprechenden Bewertungstages abgerechnet. Die Höhe der jeweiligen Zahlstellengebühr sowie der maximalen Ausgabeaufschlag wird in Anhang A „Fonds im Überblick“ genannt.

Die Anteile sind nicht urkundlich verbrieft.

Zeichnungsanträge müssen beim AIFM bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen. Falls ein Zeichnungsantrag nach Annahmeschluss eingeht, so wird er für den folgenden Bewertungstag vorgemerkt. Für bei Vertriebsträgern im In- und Ausland platzierte Anträge können zur Sicherstellung der rechtzeitigen Weiterleitung an den AIFM in Liechtenstein frühere Schlusszeiten zur Abgabe der Anträge gelten. Diese können bei den jeweiligen Vertriebsträgern in Erfahrung gebracht werden.

Informationen zum Ausgabetag, zum Annahmeschluss sowie zur Höhe des allfälligen maximalen Ausgabeaufschlags sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Die Zahlung der Zeichnungssumme muss am Bewertungstag auf dem Zeichnungskonto eingegangen sein, Valuta T+0. Die Überweisung auf das Konto des AIF bei der Verwahrstelle erfolgt mit Valuta T+2.

Generell kann ein Zeichnungsauftrag nur dann berücksichtigt werden, wenn der dafür vorgesehene Zeichnungsschein vollständig ausgefüllt und die im Zeichnungsschein angegebenen zusätzlich benötigten Dokumente und Unterlagen vollständig beigelegt sind. Zudem muss der angegebene Geldbetrag auf dem Zeichnungskonto des AIF eingegangen sein. Der AIFM ist jederzeit berechtigt, zusätzliche Informationen und/oder Unterlagen einzufordern, bevor sie einen Zeichnungsauftrag berücksichtigt.

Aufgrund der gesetzlich notwendigen Sorgfaltspflichtprüfung kann der Vorgang zur Freigabe des Zeichnungsauftrags mehrere Arbeitstage in Anspruch nehmen. Etwaige Haftungsansprüche seitens des Anlegers aufgrund zwischenzeitlicher Kursschwankungen während des Zeitraums der notwendigen Sorgfaltspflichtprüfung können nicht entgegen genommen werden.

Wird eine Zeichnung wegen fehlender Unterlagen und/oder Informationen nicht berücksichtigt, können diese binnen zwei Wochen nachgereicht werden. Bereits eingegangene Gelder von abgelehnten Zeichnungsaufträgen werden abzüglich etwaiger Überweisungsspesen wieder an deren Ursprung zurücktransferiert.

Wird weniger als die am Zeichnungsschein vermerkte Summe einbezahlt, wird die effektive Zeichnungshöhe auf den eingegangenen Geldbetrag verringert. Wird mehr als die am Zeichnungsschein vermerkte Summe einbezahlt, wird die Differenz abzüglich etwaiger Überweisungsspesen wieder an deren Ursprung zurücktransferiert.

Die Anleger erhalten bei der Erstzeichnung eine persönliche Anteilsregisterkonto-Nummer. Diese Anteilsregisterkonto-Nummer ist bei jedem Schriftwechsel mit dem AIFM oder anderen beteiligten Parteien sowie im Verwendungszweck bei Überweisungen zu verwenden. Falls einem Anleger mehrere Anteilsregisterkonto-Nummern zugewiesen wurden, sind bei Ersuchen alle diese persönlichen Anteilsregisterkonto-Nummern anzugeben.

Der AIFM stellt sicher, dass die Ausgabe von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Antragstellung unbekannten Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Alle durch die Ausgabe von Anteilen anfallenden Steuern und Abgaben werden ebenfalls dem Anleger in Rechnung gestellt. Werden Anteile über Banken, die nicht mit dem Vertrieb der Anteile betraut sind, erworben, kann nicht ausgeschlossen werden, dass solche Banken weitere Transaktionskosten in Rechnung stellen.

Falls die Zahlung in einer anderen Währung als in der Referenzwährung erfolgt, wird der Gegenwert aus der Konvertierung der Zahlungswährung in die Referenzwährung, abzüglich allfälliger Gebühren, für den Erwerb von Anteilen verwendet.

Die Mindestanlage, die von einem Anleger in einer bestimmten Anteilsklasse gehalten werden muss, ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Sacheinlagen sind nur mit Genehmigung des AIFM zulässig.

Die Verwahrstelle und/oder der AIFM können jederzeit einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, insbesondere wenn dies im Interesse der Anleger, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des AIF bzw. des AIFM oder der Anleger erforderlich erscheint. In diesem Fall wird die Verwahrstelle eingehende Zahlungen auf nicht bereits ausgeführte Zeichnungsanträge ohne Zinsen unverzüglich zurückerstatten, gegebenenfalls erfolgt dies unter Zuhilfenahme der Zahlstellen.

Die Ausgabe von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrages eingestellt werden.

Art. 28 Rücknahme von Anteilen

Anteile werden an jedem Rücknahmetag zurückgenommen, und zwar zu dem am Bewertungstag ermittelten Nettoinventarwert je Anteil der entsprechenden Anteilsklasse des AIF, abzüglich allfälliger Rücknahmeabschläge, einer etwaigen Zahlstellengebühr und etwaiger Steuern und Abgaben.

Der AIF verfügt über eine Kündigungsfrist von 3 Monaten auf den Bewertungstag.

Rücknahmeanträge müssen beim AIFM bis spätestens zum Annahmeschluss eingehen. Falls ein Rücknahmeantrag nach Annahmeschluss eingeht, so wird er für den folgenden Bewertungstag vorgemerkt. Für bei Vertriebssträgern im In- und Ausland platzierte Anträge können zur Sicherstellung der rechtzeitigen Weiterleitung an den AIFM in Liechtenstein frühere Schlusszeiten zur Abgabe der Anträge gelten. Diese können bei den jeweiligen Vertriebssträgern in Erfahrung gebracht werden.

Informationen zum Bewertungstag, zum Bewertungsintervall, zum Annahmeschluss sowie zur Höhe des allfälligen maximalen Rücknahmeabschlages sind Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Da für einen angemessenen Anteil an liquiden Mitteln im Vermögen des AIF gesorgt werden muss, wird die Auszahlung von Anteilen innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach dem massgeblichen Berechnungstag erfolgen. Dies gilt nicht für den Fall, dass sich gemäss gesetzlichen Vorschriften wie etwa Devisen- und Transferbeschränkungen oder aufgrund anderweitiger Umstände, die ausserhalb der Kontrolle der Verwahrstelle liegen, die Überweisung des Rücknahmebetrages als unmöglich erweist.

Bei grossen Rücknahmeanträgen kann der AIFM beschliessen, einen Rücknahmeantrag erst dann abzurechnen, wenn ohne unnötige Verzögerung entsprechende Vermögenswerte des AIF verkauft werden können. Ist eine solche Massnahme notwendig, so werden alle am selben Tag eingegangenen Rücknahmeanträge zum selben Preis abgerechnet.

Die Verwahrstelle und/oder der AIFM können jederzeit selbständig die Rücknahme von Anteilen durchführen, wenn diese von Anlegern gehalten werden, die zum Erwerb oder zum Besitz dieser Anteile nicht berechtigt sind.

Falls die Zahlung auf Verlangen des Anlegers in einer anderen Währung erfolgen soll, als in der Währung, in der die betreffenden Anteile aufgelegt sind, berechnet sich der zu zahlende Betrag aus dem Erlös des Umtauschgeschäfts von der Rechnungswährung in die Zahlungswährung, abzüglich allfälliger Gebühren und Abgaben.

Mit Zahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil.

Führt die Ausführung eines Rücknahmeantrages dazu, dass der Bestand des betreffenden Anlegers unter die im Anhang A „Fonds im Überblick“ aufgeführte Mindestanlage der entsprechenden Anteilsklasse fällt, kann der AIFM ohne weitere Mitteilung an den Anleger diesen Rücknahmeantrag als einen Antrag auf Rücknahme aller vom entsprechenden Anleger in dieser Anteilsklasse gehaltenen Anteile oder als einen Antrag auf Umtausch der verbleibenden Anteile in eine andere Anteilsklasse des AIF mit derselben Referenzwährung, deren Teilnahmevoraussetzungen der Anleger erfüllt, behandeln.

Der AIFM und/oder Verwahrstelle können Anteile gegen den Willen des Anlegers gegen Zahlung des Rücknahmepreises einziehen, soweit dies im Interesse oder zum Schutz der Anleger, des AIF oder des AIFM erforderlich erscheint, insbesondere wenn

1. ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Anleger mit dem Erwerb der Anteile „Market Timing“, „Late-Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Anleger schaden können,
2. der Anleger die Bedingungen für einen Erwerb der Anteile nicht erfüllt oder
3. die Anteile in einem Staat vertrieben werden, in dem der jeweilige Fonds zum Vertrieb nicht zugelassen ist oder von einer Person erworben worden sind, für die der Erwerb der Anteile nicht gestattet ist.

Der AIFM stellt sicher, dass die Rücknahme von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags unbekannten Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Die Rücknahme von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrags eingestellt werden.

Art. 29 Umtausch von Anteilen

Sofern unterschiedliche Anteilklassen angeboten werden, kann ein Umtausch von Anteilen einer Anteilklassse in Anteile einer anderen Anteilklassse erfolgen. Für den Umtausch innerhalb eines AIF kann keine Umtauschgebühr erhoben werden. Falls ein Umtausch von Anteilen für Anteilklassen nicht möglich ist, wird dies für die betroffene Anteilklassse in Anhang A „Fonds im Überblick“ erwähnt.

Ein Umtausch von Anteilen, in eine andere Anteilklassse ist lediglich möglich sofern der Anleger die Bedingungen für den Direkterwerb von Anteilen des jeweiligen Fonds bzw. der jeweiligen Anteilklassse erfüllt.

Die Anzahl der Anteile, in die der Anleger seinen Bestand umtauschen möchte, wird nach folgender Formel berechnet:

$$A = \frac{(B \times C)}{(D \times E)}$$

A = Anzahl der Anteile des neuen Fonds, in welche(n) umgetauscht werden soll

B = Anzahl der Anteile des Fonds, von wo aus der Umtausch vollzogen werden soll

C = Nettoinventarwert oder Rücknahmepreis der zum Umtausch vorgelegten Anteile

D = Devisenwechselkurs zwischen den betroffenen Fonds. Wenn beide Fonds in der gleichen Rechnungswährung bewertet werden, beträgt dieser Koeffizient 1.

E = Nettoinventarwert der Anteile des Fonds bzw. der allfälligen Anteilklassse, in welche(n) der Wechsel zu erfolgen hat, zuzüglich Steuern, Gebühren oder sonstiger Abgaben

Fallweise können bei einem Anteilklassenwechsel (sofern Anteilklassen existieren) in einzelnen Ländern Abgaben, Steuern und Stempelgebühren anfallen.

Der AIFM kann für eine etwaige Anteilklassse jederzeit einen Umtauschantrag zurückweisen, wenn dies im Interesse des AIFM oder im Interesse der Anleger geboten erscheint, insbesondere wenn:

1. ein Verdachtsfall besteht, dass durch den jeweiligen Anleger mit dem Erwerb der Anteile „Market Timing“, „Late-Trading“ oder sonstige Markttechniken betrieben werden, die der Gesamtheit der Anleger schaden können,
2. der Anleger nicht die Bedingungen für einen Erwerb der Anteile erfüllt, oder
3. die Anteile in einem Staat vertrieben werden, in dem der jeweilige Fonds zum Vertrieb nicht zugelassen ist oder von einer Person erworben worden sind, für die der Erwerb der Anteile nicht gestattet ist.

Der AIFM stellt sicher, dass der Umtausch von Anteilen auf der Grundlage eines dem Anleger zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrags unbekannten Nettoinventarwertes pro Anteil abgerechnet wird (forward pricing).

Der Umtausch von Fondsanteilen kann in Anwendungsfällen von Art. 30 dieses Treuhandvertrags eingestellt werden.

Art. 30 Aussetzung der Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe und der Rücknahme und des Umtausch von Anteilen

Der AIFM kann die Berechnung des Nettoinventarwertes und/oder die Ausgabe und die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen eines AIF zeitweise aussetzen, sofern dies im Interesse der Anleger gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. wenn ein Markt, welcher Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Vermögens des Fonds bildet, geschlossen ist oder wenn der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist;
2. bei politischen, wirtschaftlichen oder anderen Notfällen; oder
3. wenn wegen Beschränkungen der Übertragung von Vermögenswerten Geschäfte für den AIF undurchführbar werden.

Der AIFM kann zudem auch den Beschluss zur vollständigen oder zeitweiligen Aussetzung der Ausgabe von Anteilen fassen, falls Neuanlagen das Erreichen des Anlageziels beeinträchtigen könnten. Die Ausgabe von Anteilen wird insbesondere dann zeitweilig eingestellt, wenn die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil eingestellt wird. Bei Einstellung der Ausgabe von Anteilen werden die Anleger umgehend per Mitteilung im Publikationsorgan sowie in den im Treuhandvertrag genannten Medien oder mittels dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) über den Grund und den Zeitpunkt der Einstellung informiert.

Daneben ist der AIFM unter Wahrung der Interessen der Anleger berechtigt, erhebliche Rücknahmen erst zu tätigen, d.h. die Rücknahme zeitweilig auszusetzen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des AIF ohne Verzögerung unter Wahrung der Interessen der Anleger verkauft werden können.

Solange die Rücknahme der Anteile ausgesetzt ist, werden keine neuen Anteile ausgegeben. Der Umtausch von Anteilen, deren Rückgabe vorübergehend eingeschränkt ist, ist nicht möglich. Die zeitweilige Aussetzung der Rücknahmen von Anteilen eines Fonds führt nicht zur zeitweiligen Einstellung der Rücknahme anderer Fonds, die von den betreffenden Ereignissen nicht berührt sind.

Der AIFM und / oder der Portfolio Manager achtet darauf, dass dem Fondsvermögen ausreichende flüssige Mittel zur Verfügung stehen, damit eine Rücknahme bzw. der Umtausch von Anteilen auf Antrag von Anlegern unter normalen Umständen unverzüglich erfolgen kann.

Der AIFM ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Berechnung des Nettoinventarwertes auszusetzen (Sistierung des Fonds), sofern das gesetzlich vorgeschriebene Mindestnettovermögen unterschritten wird, oder sofern ein im Verhältnis zu den Kosten des Fonds ungenügendes Nettovermögen vorliegt. Zeichnungen und Rücknahmen welche durch die Sistierung nicht abgerechnet werden konnten, werden für den nächsten offiziell publizierten NAV vorgemerkt und mit diesem ausgeführt.

Der AIFM teilt die Aussetzung der Anteilsrücknahme und -auszahlung unverzüglich der FMA und in geeigneter Weise den Anlegern mit. Zeichnungs-, Rücknahme- bzw. Umtauschanträge werden nach Wiederaufnahme der Berechnung des Nettoinventarwertes abgerechnet. Der Anleger kann seinen Zeichnungs-, Rücknahme- bzw. Umtauschantrag bis zur Wiederaufnahme des Anteilshandels widerrufen.

Art. 31 Late Trading und Market Timing

Sollte der Verdacht bestehen, dass ein Antragsteller Late Trading oder Market Timing versucht, wird der AIFM und/oder die Verwahrstelle die Annahme des Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmeantrags solange verweigern, bis der Antragsteller jegliche Zweifel in Bezug auf seinen Antrag ausgeräumt hat.

Late Trading

Unter Late Trading ist die Annahme eines Zeichnungs-, Umtausch- oder Rücknahmeantrags zu verstehen, der nach dem Annahmeschluss der Aufträge (cut-off time) des betreffenden Tages erhalten wurde, und seine Ausführung zu dem Preis, der auf dem an diesem Tag geltenden Nettoinventarwert basiert. Durch Late Trading kann ein Anleger aus der Kenntnis von Ereignissen oder Informationen Gewinn ziehen, die nach dem Annahmeschluss der Aufträge veröffentlicht wurden, sich jedoch noch nicht in dem Preis widerspiegeln, zu dem der Auftrag des Anlegers abgerechnet wird. Dieser Anleger ist infolgedessen im Vorteil gegenüber den Anlegern, die den offiziellen Annahmeschluss eingehalten haben. Der Vorteil dieses Anlegers ist noch bedeutender, wenn er das Late Trading mit dem Market Timing kombinieren kann.

Market Timing

Unter Market Timing ist das Arbitrageverfahren zu verstehen, mit dem ein Anleger kurzfristig Anteile desselben Fonds bzw. derselben Anteilsklasse systematisch zeichnet und zurückverkauft oder umwandelt, indem er die Zeitunterschiede und/oder Fehler oder Schwächen des Systems zur Berechnung des Nettoinventarwertes des Fonds bzw. einer möglichen Anteilsklasse nutzt.

Art. 32 Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der AIFM trägt dafür Sorge, dass sich die inländischen Vertriebsträger gegenüber dem AIFM verpflichten, die im Fürstentum Liechtenstein geltenden Vorschriften des Sorgfaltspflichtgesetzes und der dazugehörigen Sorgfaltspflichtverordnung sowie die Richtlinien der FMA in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Sofern ausländische Vertriebsträger hinzugezogen werden gilt obiges entsprechend.

Sofern die inländischen Vertriebsträger Gelder von Anlegern selbst entgegennehmen, sind sie in ihrer Eigenschaft als Sorgfaltspflichtige verpflichtet, nach Massgabe des Sorgfaltspflichtgesetzes und der Sorgfaltspflichtverordnung den Zeichner zu identifizieren, die wirtschaftlich berechnete Person festzustellen, ein Profil der Geschäftsbeziehung zu erstellen und alle für sie geltenden lokalen Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäscherei zu befolgen. Sofern ausländische Vertriebsträger hinzugezogen werden gilt obiges entsprechend.

Darüber hinaus haben die Vertriebsträger und ihre Verkaufsstellen auch alle Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu beachten, die in den jeweiligen Vertriebsländern in Kraft sind.

VIII. Kosten und Gebühren

Art. 33 Laufende Gebühren

Kosten und Gebühren zu Lasten des AIF

A. Vom Vermögen abhängige Gebühren (variabel):

Risikomanagement- und Verwaltungsaufwand:

Der AIFM stellt für das Risikomanagement und die Verwaltung eine jährliche Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ in Rechnung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Risikomanagement- und Verwaltungsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Anteilsregisterführungsaufwand:

Der AIFM stellt für die Verwaltung des Anteilsregisters eine jährliche Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ in Rechnung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Anteilsregisterführungsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Verwahrstellenaufwand:

Die Verwahrstelle erhält für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus dem Verwahrstellenvertrag eine Vergütung gem. Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesene Vergütung. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis, im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Verwahrstellenaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Portfolioverwaltungsaufwand (Management Fee):

Sofern eine Portfolioverwaltung vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem jeweiligen Fondsvermögen eine Vergütung gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ erhalten. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Diese Vergütung wird zusätzlich zur Verwaltungsvergütung erhoben. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Portfolioverwaltungsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht ausgewiesen.

Daneben kann die Portfolioverwaltung aus dem jeweiligen Fondsvermögen eine wertentwicklungsorientierte Vergütung („Performance-Fee“) erhalten. Eine etwaige Performance Fee wird ebenso im Jahresbericht ausgewiesen.

Vertriebsaufwand (Distributor Fee):

Sofern eine Vertriebsstelle vertraglich verpflichtet wurde, kann diese aus dem Fondsvermögen eine Vergütung erhalten, deren maximale Höhe, Berechnung und Auszahlung für den AIF in Anhang A „Fonds im Überblick“ ausgewiesen ist. Diese wird auf der Basis des durchschnittlichen Fondsvermögens des AIF berechnet, im Rahmen der NAV Berechnung pro rata temporis abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt. Minimumgebühren können pro rata temporis im Rahmen der NAV Berechnung abgegrenzt und quartalsweise ausgezahlt werden. Die Höhe des Vertriebsaufwands des AIF / der Anteilsklasse wird im Jahresbericht genannt.

B. Vom Vermögen unabhängige Gebühren (fix):

Ordentlicher Aufwand

Der AIFM, die Portfolioverwaltung und die Verwahrstelle haben ausserdem Anspruch auf Ersatz der folgenden Auslagen, die ihnen in Ausübung ihrer Funktion entstanden sind:

- Kosten für die Vorbereitung, den Druck und den Versand der Jahresberichte sowie weiterer gesetzlich vorgeschriebener Publikationen;
- Kosten für die Veröffentlichung der an die Anleger in den Publikationsorganen und evtl. zusätzlichen von dem AIFM bestimmten Zeitungen oder elektronischen Medien gerichteten Mitteilungen eines Fonds einschliesslich Kurspublikationen;
- Kosten für die Rechtsberatung, die dem AIFM oder der Verwahrstelle entstehen, wenn sie im Interesse der Anleger oder des AIF handeln;
- Gebühren und Kosten für Bewilligungen und die Aufsicht über einen Fonds in Liechtenstein und im Ausland;
- alle Steuern, die auf das Vermögen eines Fonds sowie dessen Erträge und Aufwendungen zulasten dieses Fonds erhoben werden;

- Gebühren, die im Zusammenhang mit einer allfälligen Kotierung eines Fonds und mit dem Vertrieb im In- und Ausland anfallen (z.B. Beratungs-, Rechts-, Übersetzungskosten);
- Gebühren, Kosten und Honorare im Zusammenhang mit der Ermittlung und Veröffentlichung von Steuerfaktoren für die Länder der EU/EWR und/oder sämtliche Länder, wo Vertriebszulassungen bestehen und/oder Privatplatzierungen vorliegen, nach Massgabe der effektiven Aufwendungen zu marktmässigen Ansätzen;
- Gebühren für Zahlstellen, Vertreter und andere Repräsentanten mit vergleichbarer Funktion im In- und Ausland;
- ein angemessener Anteil an Kosten für Drucksachen und Werbung, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten, Bewerben und Verkauf von Anteilen anfallen;
- Honorare des Wirtschaftsprüfers und von Steuerberatern, soweit diese Aufwendungen im Interesse der Anleger getätigt werden;
- Kosten für vom AIFM in Auftrag gegebene Sachverständigengutachten bzw. Bewertung gemäss Art. 26 des Treuhandvertrages;
- Gebühren für Fondskonten und Zeichnungskonten im In- und Ausland;

Die jeweils gültige Höhe der Auslagen des AIF / Anteilsklasse wird im Jahresbericht genannt.

Gewisse Kosten und Gebühren können dem Fonds, vor allem in der Anfangsphase des Fonds, erlassen werden, bzw. extern bezahlt werden. Dies mit dem Ziel hohe Kostenbelastungen des Fonds im Verhältnis zum Nettovermögen in der Aufbauphase zu mildern. Dies kann dazu führen, dass die ausgewiesene TER (Total Expense Ratio) nicht auf derselben Grundlage berechnet wird wie zukünftige TERs. Entsprechende Offenlegung und Erklärungen sowie die gültige Höhe der Auslagen des AIF / Anteilsklasse werden im Jahresbericht aufgeführt.

Die Anteilsinhaber werden mittels Mitteilung an die Anteilsinhaber über die Inanspruchnahme und Verzicht dieser Möglichkeit informiert.

Transaktionskosten

Zusätzlich trägt der AIF sämtliche aus der Verwaltung des Vermögens erwachsenden Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben), sowie alle Steuern, die auf das Vermögen des AIF sowie dessen Erträge und Aufwendungen erhoben werden (z.B. Quellensteuern auf ausländischen Erträgen). Der AIF trägt ferner allfällige externe Kosten, d.h. Gebühren von Dritten, die beim An- und Verkauf der Anlagen anfallen. Diese Kosten werden direkt mit dem Einstands- bzw. Verkaufswert der betreffenden Anlagen verrechnet. Zusätzlich werden den jeweiligen Anteilsklassen etwaige Währungsabsicherungskosten belastet.

Gegenleistungen, welche in einer fixen Pauschalgebühr enthalten sind, dürfen nicht zusätzlich als Einzelaufwand belastet werden. Eine allfällige Entschädigung für beauftragte Dritte ist jedenfalls in den Gebühren nach Art. 33 des Treuhandvertrages enthalten.

Allfällige Kosten für Währungsabsicherungen von Anteilsklassen

Die allfälligen Kosten einer Währungsabsicherung von Anteilsklassen können dem AIF oder der entsprechenden Anteilsklasse zugeordnet werden.

Gründungskosten

Die Kosten für die Gründung des AIF und die Erstausgabe von Anteilen können zu Lasten des Fondsvermögens über maximal fünf Jahre abgeschrieben werden. Die Aufteilung der Gründungskosten erfolgt pro rata auf die jeweiligen Anteilsklassen. Kosten, die im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Anteilsklassen entstehen, werden zu Lasten der jeweiligen Anteilsklasse, der sie zuzurechnen sind, über maximal fünf Jahre abgeschrieben.

Liquidationsgebühren

Im Falle der Auflösung des AIF/von Anteilsklassen kann der AIFM die eigenen Liquidationskosten sowie die von Dritten dem Fondsvermögen als Liquidationsgebühren belasten.

Ausserordentliche Dispositionskosten

Zusätzlich darf der AIFM dem jeweiligen Fondsvermögen Kosten für ausserordentliche Dispositionen belasten.

Ausserordentliche Dispositionskosten setzen sich aus dem Aufwand zusammen, der ausschliesslich der Wahrung des Anlegerinteresses dient, im Laufe der regelmässigen Geschäftstätigkeit entsteht und bei Gründung des AIF nicht vorhersehbar war. Ausserordentliche Dispositionskosten sind insbesondere Rechtsberatungs- und Verfahrenskosten im Interesse des AIF oder der Anleger. Darüber hinaus sind alle Kosten allfällig nötig werdender ausserordentlicher Dispositionen gemäss AIFMG und AIFMV (z.B. Änderungen der Fondsdokumente) hierunter zu verstehen, weiters die Kosten der Vornahme von vertieften steuerlichen, rechtlichen, buchhalterischen, betriebswirtschaftlichen und markttechnischen Prüfungen und Analysen von möglichen Zielinvestments durch Dritte. Diese Kosten können dem Fonds auch dann belastet werden, wenn in der Folge eine Anlage nicht getätigt wird.

C. Vom Anlageerfolg abhängige Gebühr (Performance Fee)

Zusätzlich kann der AIFM eine Performance Fee erheben welche unter Anwendung des „High Watermark“ - Prinzips berechnet wird. Insoweit eine Performance Fee erhoben wird, ist diese in Anhang A „Fonds im Überblick“ ausführlich dargestellt.

Als performanceorientierte Gebühr wird ein Prozentsatz der Differenz zwischen dem Nettoinventarwert pro Anteil vor Berechnung der performanceorientierten Gebühr und der zuletzt erreichten High Watermark des Fonds, multipliziert mit der Anzahl der Anteile dem Fonds als Kosten belastet.

Eine Performance Fee fällt nur an, wenn am Bewertungstag der Nettoinventarwert pro Anteil vor Belastung einer allfälligen performanceorientierten Gebühr höher ist als die bisherige High Watermark.

Diese Performance Fee wird in der Regel im nachhinein quartalsweise ausbezahlt.

Anstelle des bisherigen High Watermark Wertes tritt dann der neue, höhere Wert nach Abzug der performanceorientierten Gebühr für die nächste Bewertungsperiode in Kraft. Ansonsten bleibt die High Watermark unverändert. Eine einmal erreichte High Watermark bleibt auch nach Ablauf eines Geschäftsjahres des Fonds bestehen.

Art. 34 Kosten zulasten der Anleger

Ausgabeaufschlag

Zur Deckung der Kosten, welche die Platzierung der Anteile verursacht, kann der AIFM auf den Nettoinventarwert der neu emittierten Anteile zugunsten des AIF, des AIFM, der Verwahrstelle und/oder von Vertriebssträgern im In- oder Ausland einen Ausgabeaufschlag gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ erheben.

Rücknahmeabschlag

Für die Auszahlung zurückgenommener Anteile erhebt der AIFM auf den Nettoinventarwert der zurückgegebenen Anteile zugunsten des AIF, des AIFM, der Verwahrstelle und/oder von Vertriebssträgern im In- oder Ausland einen Rücknahmeabschlag gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“.

Umtauschgebühr

Für den Wechsel von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse kann eine Umtauschgebühr erhoben werden. Information zur Höhe einer allfälligen Umtauschgebühr ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Zahlstellengebühr

Für die Platzierung der Anteile bzw. Auszahlung zurückgenommener Anteile erhebt der AIFM als anteilsregisterführende Stelle eine Zahlstellengebühr gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“.

Steuern

Steuerliche Hinweise sind im Prospekt aufgeführt.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 35 Verwendung der Erträge

Der realisierte Erfolg eines AIF setzt sich aus dem Nettoertrag und den realisierten Kursgewinnen zusammen.

Der AIFM kann den im AIF bzw. in einer Anteilsklasse realisierten Erfolg an die Anleger des AIF bzw. dieser Anteilsklasse ausschütten oder diesen realisierten Erfolg in dem AIF bzw. der jeweiligen Anteilsklasse wiederanlegen (thesaurieren).

Weitere Informationen zur Verwendung der Erträge sind dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Thesaurierend:

Anteilsklasse EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSBP USD THES (thesaurierend)

Die erwirtschafteten Erträge der Anteilsklassen EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSBP USD THES werden gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ laufend wieder angelegt, d.h. thesauriert. Realisierte Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Assets werden zur Wiederanlage zurückbehalten.

Ausschüttend:

Anteilsklassen EUR AUS, USD AUS, CHF AUS & GBP AUS (ausschüttend)

Die erwirtschafteten Erträge der Anteilsklassen EUR AUS, USD AUS, CHF AUS & GBP AUS werden gemäss Anhang A „Fonds im Überblick“ jährlich ausgeschüttet. Die Höhe der ausgeschütteten Erträge erfolgt durch Beschluss des AIFM. Falls Ausschüttungen vorgenommen werden, erfolgen diese innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres.

Der Prozentsatz des Nettovermögens, welches den jeweiligen Anteilsklasse zuzurechnen ist, wird durch das Verhältnis der ausgegebenen Anteile der Anteilsklasse gegenüber der Gesamtheit der ausgegebenen Anteile des AIF bestimmt und ändert sich im Zusammenhang mit den getätigten Ausschüttungen wie folgt:

Jedes Mal, wenn eine Ausschüttung auf Anteile der Anteilsklasse EUR AUS, USD AUS, CHF AUS oder GBP AUS vorgenommen wird, wird der Nettoinventarwert der Anteile der jeweiligen Anteilsklasse um den Betrag der Ausschüttung gekürzt (was eine Minderung des Prozentsatzes des Vermögen des AIF, welcher den AUS-Anteilen zuzurechnen ist, zur Folge hat), während der Nettoinventarwert der Anteile der Anteilsklassen EUR THES, USD THES, CHF THES, GBP THES & GSPB USD THES unverändert bleibt (was eine Erhöhung des Prozentsatzes des Vermögen des AIF, welcher den THES-Anteilen zuzurechnen ist, zur Folge hat).

Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Auf erklärte Ausschüttungen werden vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit an keine Zinsen bezahlt.

Art. 36 Zuwendungen

Der AIFM behält sich vor, Dritten für die Akquisition von Anlegern und/oder die Erbringung von Dienstleistungen Zuwendungen zu gewähren. Bemessungsgrundlage für solche Zuwendungen bilden in der Regel die den Anlegern belasteten Kommissionen, Gebühren usw. und/oder beim AIFM platzierte Vermögenswerte/Vermögensbestandteile. Ihre Höhe entspricht einem prozentualen Anteil der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Auf Verlangen legt der AIFM gegenüber dem Anleger jederzeit weitere Einzelheiten über die mit Dritten getroffenen Vereinbarungen offen. Auf einen weiter gehenden Informationsanspruch gegenüber dem AIFM verzichtet der Anleger hiermit ausdrücklich, insbesondere trifft den AIFM keine detaillierte Abrechnungspflicht hinsichtlich effektiv bezahlter Zuwendungen.

Der Anleger nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass der AIFM von Dritten (inklusive Gruppengesellschaften) im Zusammenhang mit der Zuführung von Anlegern, dem Erwerb/Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen, Zertifikaten, Notes usw. (nachfolgend «Produkte» genannt; darunter fallen auch solche, die von einer Gruppengesellschaft verwaltet und/oder herausgegeben werden) Zuwendungen in der Regel in der Form von Bestandszahlungen gewährt werden können. Die Höhe solcher Zuwendungen ist je nach Produkt und Produktanbieter unterschiedlich. Bestandszahlungen bemessen sich in der Regel nach der Höhe des vom AIFM gehaltenen Volumens eines Produkts oder einer Produktgruppe. Ihre Höhe entspricht üblicherweise einem prozentualen Anteil der dem jeweiligen Produkt belasteten Verwaltungsgebühren, welche periodisch während der Haltedauer vergütet werden.

Zusätzlich können Vertriebsprovisionen von Wertpapieremittenten auch in Form von Abschlägen auf dem Emissionspreis (prozentmässiger Rabatt) geleistet werden oder in Form von Einmalzahlungen, deren Höhe einem prozentualen Anteil des Emissionspreises entspricht. Vorbehältlich einer anderen Regelung kann der Anleger jederzeit vor oder nach Erbringung der Dienstleistung (Kauf des Produkts) weitere Einzelheiten über die mit Dritten betreffend solcher Zuwendungen getroffenen Vereinbarungen vom AIFM verlangen. Der Informationsanspruch auf weitere Einzelheiten hinsichtlich bereits getätigter Transaktionen ist jedoch begrenzt auf die der Anfrage vorausgegangenen 12 Monate. Auf einen weiter gehenden Informationsanspruch verzichtet der Anleger ausdrücklich. Verlangt der Anleger keine weiteren Einzelheiten vor Erbringung der Dienstleistung oder bezieht er die Dienstleistung nach Einholung weiterer Einzelheiten, verzichtet er auf einen allfälligen Herausgabeanspruch im Sinne von § 1009 Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB).

Art. 37 Informationen für die Anleger

Publikationsorgan des AIF ist die Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) sowie sonstige in den Fondsdokumenten genannte Medien.

Sämtliche Mitteilungen an die Anleger, auch über die Änderungen des Treuhandvertrages und des Anhangs A „Fonds im Überblick“ werden auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien und Datenträgern veröffentlicht.

Der Nettoinventarwert sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile des AIF werden an jedem Bewertungstag auf der Web-Seite des LAFV Liechtensteiner Anlagefondsverband (www.lafv.li) als Publikationsorgan des AIF sowie sonstigen in den Fondsdokumenten genannten Medien und dauerhaften Datenträgern (Brief, Fax, Email oder Vergleichbares) bekanntgegeben.

Bei einem AIF für qualifizierte und / oder professionelle Anleger wird auf die Erstellung von Wesentlichen Anlegerinformationen sowie des Halbjahresberichts verzichtet.

Der von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Jahresbericht wird den Anlegern am Sitz des AIFM und der Verwahrstelle kostenlos zur Verfügung gestellt.

Art. 38 Berichte

Der AIFM erstellt für jeden AIF einen geprüften Jahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen im Fürstentum Liechtenstein.

Art. 39 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des AIF ist dem Anhang A „Fonds im Überblick“ zu entnehmen.

Art. 40 Änderungen am Treuhandvertrag

Dieser Treuhandvertrag kann vom AIFM mit Zustimmung der FMA jederzeit ganz oder teilweise geändert oder ergänzt werden.

Wesentliche Änderungen teilt der AIFM der FMA mindestens einen Monat vor Durchführung der Änderung oder unverzüglich nach Eintreten einer ungeplanten Änderung schriftlich mit.

Art. 41 Verjährung

Die Ansprüche von Anlegern gegen den AIFM, den Liquidator, Sachwalter oder die Verwahrstelle verjähren mit dem Ablauf von fünf Jahren nach Eintritt des Schadens, spätestens aber ein Jahr nach der Rückzahlung des Anteils oder nach Kenntniserlangung des Schadens.

Art. 42 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und massgebende Sprache

Der AIF untersteht liechtensteinischem Recht. Ausschliesslicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen den Anlegern, dem AIFM und der Verwahrstelle ist Vaduz, Fürstentum Liechtenstein.

Der AIFM und/oder die Verwahrstelle können sich und den AIF jedoch im Hinblick auf Ansprüche von Anlegern aus diesen Ländern dem Gerichtsstand der Länder unterwerfen, in welchen Anteile angeboten und verkauft werden. Anderslautende gesetzlich zwingende Gerichtsstände bleiben vorbehalten.

Zur Vollstreckbarkeit eines ausländischen Urteiles im Fürstentum Liechtenstein (Sitzstaat des AIF) bedarf es gegebenenfalls eines gesonderten Verfahrens zB sog. „Rechtsöffnungsverfahren“, im Fürstentum Liechtenstein. Die Vollstreckbarkeit eines Urteils eines Gerichts des Fürstentum Liechtensteins im Ausland bedarf gegebenenfalls der Bestätigung eines Gerichtes des Vollstreckungslandes bzw. des Vollstreckungsgerichtes.

Als rechtsverbindliche Sprache für diesen Treuhandvertrag gilt die deutsche Sprache.

Art. 43 Allgemeines

Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des AIFMG, die Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) über die Kollektivtreuhänderschaft sowie die allgemeinen Bestimmungen des PGR in der jeweils aktuellen Fassung verwiesen.

Art. 44 Inkrafttreten

Dieser Treuhandvertrag tritt am 10. Oktober 2019 in Kraft.

Der AIFM:

Bendern, 10. Oktober 2019

Die Verwahrstelle

Vaduz, 10. Oktober 2019

CAIAC Fund Management AG

Banque Havilland (Liechtenstein) AG

Anhang A: Fonds im Überblick

Der Treuhandvertrag und dieser Anhang A „Fonds im Überblick“ bilden eine wesentliche Einheit und ergänzen sich deshalb.

Fondsname: BP Family Office Fund
Fondstyp nach Anlegerkreis: AIF für qualifizierte / professionelle Anleger

A. Der Fonds im Überblick

Stammdaten und Informationen des AIF und dessen Anteilsklassen

Grundinformationen

Anteilsklassen ²	Class EUR THES	Class EUR AUS	Class USD THES	Class USD AUS	Class CHF THES	Class CHF AUS	Class GBP THES	Class GBP AUS	Class GSBP USD THES
Valoren-Nr.	28782452	28782463	28782480	28782485	28786494	28786496	28786502	28786503	32701259
ISIN – Nr.	LI0287824523	LI0287824630	LI0287824804	LI0287824853	LI0287864941	LI0287864966	LI0287865021	LI0287865039	LI0327012592
Errichtet auf	Unbeschränkte Dauer								
Kotierung	Nein								
Rechnungswährung Anteilsklassen	EUR	EUR	USD	USD	CHF	CHF	GBP	GBP	USD
Rechnungswährung AIF ³	EUR								
Mindestanlage ^{4 5}	EUR 100'000.- oder Gegenwert								
Erstausgabepreis	EUR 100.-	EUR 100.-	USD 100.-	USD 100.-	CHF 100.-	CHF 100.-	GBP 100.-	GBP 100.-	USD 100.-
Bewertungstag	Quartalsende								
Bewertungsintervall ⁶	Quartalsweise								
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Ausgabe	Bewertungstag, 16.00 Uhr								
Annahmeschluss Anteilsgeschäft Rücknahme	Kündigungsfrist von 3 Monaten ⁷ auf den Bewertungstag, 16.00 Uhr								
Abschluss Rechnungsjahr	31. Dezember								
Erfolgsverwendung ⁸	THES	AUS	THES	AUS	THES	AUS	THES	AUS	THES

² Die Währungsrisiken der aufgelegten Anteilsklassen können ganz oder teilweise abgesichert werden.

³ Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettovermögenswert des Fonds berechnet werden.

⁴ Die detaillierten Zeichnungsbedingungen sind unter Art. 8 des Treuhandvertrages beschrieben.

⁵ Um Art. 62 AIFMV zu genügen. Sofern sichergestellt ist, dass die Bedingungen von Art. 62 AIFMV erfüllt sind, können auch geringere Mindestanlagen akzeptiert werden.

⁶ Mit Beschluss des AIFM dürfen jederzeit Sonder-NAVs gerechnet werden (vgl. Pkt.8.3 & Art. 26).

⁷ Mit Beschluss des AIFM kann jederzeit ganz oder teilweise auf die Kündigungsfrist verzichtet werden.

⁸ THES = thesaurierend / AUS = ausschüttend

Ausweis der Gebühren, Art der Gebühren zulasten der Anleger

Anteilsklassen	Class EUR THES	Class EUR AUS	Class USD THES	Class USD AUS	Class CHF THES	Class CHF AUS	Class GBP THES	Class GBP AUS	Class GSBP USD THES
Maximaler Ausgabeaufschlag	bis zu 10% zugunsten Vertrieb								
Maximaler Rücknahmeabschlag	Keine								
Zahlstellengebühr (pro Transaktion)	Flat EUR 70.-	Flat EUR 70.-	Flat USD 70.-	Flat USD 70.-	Flat CHF 70.-	Flat CHF 70.-	Flat GBP 70.-	Flat GBP 70.-	Flat USD 70.-
Maximale Umtauschgebühr	Keine								

Ausweis der laufenden Gebühren, Art der Gebühren zulasten des AIFs ^{9 10 11}

Maximaler Verwaltungsaufwand	0.15% p.a. oder Minimum CHF 25'000.- p.a. je Währungsklasse CHF 2'500.- p.a. je Anteilsklasse CHF 1'000.- p.a.
Maximaler Anteilsregisterführungsaufwand	0.04% p.a.
Maximaler Risikomanagementaufwand	0.25% p.a.
Maximaler Portfolioverwaltungsaufwand	1.50% p.a.
Maximaler Verwahrstellenaufwand	0.125% p.a. bis AuM EUR 25 Mio. 0.10% p.a. ab AuM EUR 25 Mio. oder Minimum CHF 15'000.- p.a.
Performance Fee Hurdle Rate High Watermark	Bis zu 10% Nein Ja

⁹ Zuzüglich Steuern und sonstige Kosten: Transaktionskosten sowie Auslagen, die dem AIFM und der Verwahrstelle in Ausübung ihrer Funktionen entstanden sind.

¹⁰ Der effektiv belastete Aufwand wird im Geschäftsbericht ausgewiesen. Details sind dem Prospekt und Treuhandvertrag zu entnehmen. Die Auszahlung erfolgt jeweils quartalsweise.

¹¹ Die angeführten Aufwandspositionen werden kumulativ gerechnet und verstehen sich jeweils exklusive der weiteren genannten Aufwandspositionen. Details siehe Art. 33 Kosten und Gebühren zu Lasten des AIF.

B. Aufgabenübertragung durch AIFM

a) Administration

Der AIFM hat die Administration des AIF nicht übertragen.

b) Führung des Anteilsregisters

Das Anteilsregister wird durch die CAIAC Fund Management AG geführt.

c) Portfolioverwaltung

Der AIFM hat die Anlageentscheide an die Mahrberg Wealth AG, Haus Atzig, Industriestrasse 2, FL-9487 Bendorf delegiert.

d) Risikomanagement

Der AIFM hat das Risikomanagement nicht delegiert.

e) Vertriebsträger

Der AIFM hat den Vertrieb nicht delegiert.

C. Verwahrstelle

Die Verwahrstellenfunktion wird für diesen AIF durch die Banque Havilland (Liechtenstein) AG, Austrasse 61, FL-9490 Vaduz, wahrgenommen.

D. Anlagegrundsätze des AIF

Die nachstehenden Bestimmungen regeln die fondsspezifischen Anlagegrundsätze des BP Family Office Fund.

a) Anlageziel und Anlagepolitik

Das Anlageziel ist die Erwirtschaftung einer positiven Rendite und eines langfristigen Kapitalwachstums.

Der Fonds investiert unter anderem in Fonds, Rohstoffe, Währungen / Devisen, Derivate und Wertpapiere. Ferner können andere in lit. b (Tabelle) als zulässig angegebene Vermögenswerte erworben werden.

Finanzderivate dürfen zu Absicherungszwecken, zur effizienten Portfoliosteuerung und auch zu Anlagezwecken eingesetzt werden.

Investitionsentscheidungen werden auf Basis von aktuellen Kapitalmarkteinschätzungen getroffen.

b) Zulässige Anlagen/Portfoliobeschränkungen

A. Der Fonds darf folgende Vermögenswerte erwerben („JA“) oder nicht erwerben („NEIN“) sowie Anlagen / Techniken anwenden („JA“) oder nicht anwenden („NEIN“) (Angaben in %):	
1. Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Beteiligungsformen und andere (Hybride) Finanzinstrumente, welche:	
a) an einer Börse oder an anderen geregelten Märkten eines EU-/EWR-Mitglied- oder Drittstaats gehandelt werden, die anerkannt und für das Publikum offen sind sowie dessen Funktionsweise ordnungsgemäss sind.	JA
b) nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden. Beispielsweise fallen hierunter: Beteiligungs-/Zweckgesellschaften („Private-Equity“) und sog. „Managed Accounts“	JA
2. (Sicht-)Einlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf Monaten	JA
3. Derivative Finanzinstrumente, die:	
a) an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden	JA
b) nicht an einer Börse bzw. einem anderen geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Derivatgeschäfte) wenn die Gegenpartei / der Kontrahent einer liechtensteinischen oder gleichwertigen Aufsicht unterstellt ist und die OTC-Derivate nachvollziehbar bewertet und geschlossen (neutralisiert) werden können	JA
4. Anteile oder Aktien von in- und ausländischen Anlagefonds bzw. anderen Anlageinstrumenten der kollektiven Kapitalanlage - unabhängig von ihrer Rechtsform Unter anderem: ETFs, Hedge Funds, CTA's, Private Equity-Fonds, FX-Fonds, Dachfonds, Open-Ended-/Closed-Ended Funds	JA
5. Rohstoffe	JA
6. Immobilien	JA
7. Edelmetalle, davon	
a) Gold	JA
b) Silber	JA
c) sonstige / andere Edelmetalle	JA

8. Andere (Vermögens-)Werte, einschliesslich immaterielle Werte	NEIN
9. Leerverkäufe (einschliesslich notwendiger Wertschriftenentlehnung/Securities Borrowing)	NEIN
10. Wertschriftenleihe (Securities Lending)	NEIN
11. Wertschriftenentlehnung (Securities Borrowing)	NEIN
12. Pensionsgeschäfte (Repurchase Agreement)	NEIN
B. Für den Fonds sind folgende Anlagebeschränkungen festgelegt:	
1. („...“) („...“) Der AIFM kann jederzeit weitere Anlagerestriktionen festlegen. ¹²	KEINE
C. Für den Fonds sind folgende Vermögenswerte bzw. Anlagen/Techniken ausgeschlossen:	
1. („...“) („...“) Der AIFM kann jederzeit weitere Anlagerestriktionen festlegen. ¹²	KEINE
D. Aufnahme von Krediten (Angaben in %):	
1. Der Fonds darf zu Anlagezwecken höchstens („...“) des Nettovermögens an Krediten bei der Verwahrstelle oder bei Dritten aufnehmen: (Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung)	80%
2. In Ausnahmefällen und mit ausdrücklicher Genehmigung der Verwahrstelle, darf der Fonds für die Rückzahlung von Anteilen bis zum Betrag von höchstens („...“) seines Nettovermögens Kredite aufnehmen ¹³ (Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung)	20%
E. Verpfändungen:	
Der Fonds darf die zum Vermögen gehörenden Sachen und Rechte verpfänden ¹⁴ .	NEIN
F. Risikobegrenzungen (Angaben in %):	
1. Hebelwirkung/Leverage nach der Brutto-Methode (Hebelwirkungsrisiko aus Derivaten und der Finanzierung)	300%
2. Hebelwirkung/Leverage nach der Commitment-Methode (Hebelwirkungsrisiko aus Derivaten)	100%
Bei Verletzungen der Anlagebeschränkungen sind zur Normalisierung der Lage die Interessen der Anleger zu berücksichtigen.	

Für die Anlagegrenzen gilt das Durchblicksprinzip nicht. ¹⁵

c) Einsatz von Zweckgesellschaften

Der AIFM kann für den AIF Zweckgesellschaften eröffnen und betreiben.

Dabei müssen die Voraussetzungen der konstituierenden Dokumente eingehalten und die Zweckgesellschaften vom AIFM kontrolliert werden.

E. Rechnungs-/ Referenzwährung des AIF

Die Rechnungswährung des AIF sowie die Referenzwährung pro Anteilsklasse werden / wird in lit. A dieses Anhangs „Fonds im Überblick“ genannt.

Bei der Rechnungswährung handelt es sich um die Währung, in der die Buchführung des AIF erfolgt. Bei der Referenzwährung handelt es sich um die Währung, in der die Performance und der Nettoinventarwert der Anteilsklassen berechnet werden. Die Anlagen erfolgen in den Währungen, welche sich für die Wertentwicklung des AIF optimal eignen.

F. Profil des typischen Anlegers

Der Fonds eignet sich für spekulative Anleger, die sehr hohe Risiken - bis hin zum vollständigen Kapitalverzehr - akzeptieren.

Aufgrund der Anlagestrategie sollte der Anleger in der Lage sein, eine eventuelle beschränkte Liquidität des Fonds zu akzeptieren.

Wegen Wertschwankungen muss der Anleger bereit sein im Falle der Anteilsrücknahme sehr hohe Kapitalverluste zu akzeptieren.

¹² Diese werden, wenn und soweit sie zu einer Abänderung der hier gezeigten Veranlagungsgrundsätze führen, im Wege der Änderung der konstituierenden Dokumente nach den jeweilig geltenden Bestimmungen umgesetzt und entsprechend ausgewiesen.

¹³ Der AIF hat gegenüber der Verwahrstelle keinen Anspruch auf die Einräumung des maximal zulässigen Kreditrahmens. Die alleinige Entscheidung ob, auf welche Weise und in welcher Höhe Kredite ausgereicht werden, obliegt der Verwahrstelle entsprechend der Kredit- und Risikopolitik. Diese Politik kann sich unter Umständen während der Laufzeit des AIF ändern.

¹⁴ Verpfändungen für zulässige Kreditaufnahmen, Leerverkäufe und Derivatgeschäfte sowie zur Absicherung zulässiger Effektenhandelstransaktionen sind grundsätzlich immer möglich.

¹⁵ Vgl. Art 10 Abs 3 AIFMV

Durch den Ausweis einer Einschätzung zum Risikoprofil eines AIFs kann keine Aussage über tatsächlich eintretende Wertverluste oder Wertzuwächse getroffen werden.

Es ist zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Gewichtung der einzelnen Risikofaktoren als auch die Ausprägungen für jeden Risikofaktor durch neue Marktgegebenheiten im Zeitverlauf ändern können. Der Anleger muss insofern damit rechnen, dass sich auch die Zugehörigkeit zu einer ausgewiesenen Risikoklasse ändern kann. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn sich durch die neuen Marktgegebenheiten nachhaltig zeigt, dass die einzelnen Risikofaktoren anders zu gewichten oder zu bewerten sind.

G. Bewertung

Die Bewertungsgrundsätze sind in Art. 26 des Treuhandvertrages normiert.

H. Risiken und Risikoprofile des AIF (Einzelheiten siehe Prospekt bzw. Treuhandvertrag)

a) Fondsspezifische Risiken

- Gegenpartei-/Kontrahentenrisiko
- Hebelwirkungsrisiko aus der Finanzierung
- Hebelwirkungsrisiko aus Derivategeschäften
- Hedge Fonds-Risiko
- High Yield-Risiko (Hochzinsanleihen-Risiko)
- Immobilienrisiken
- Konzentrationsrisiko
- Kredit-/ Emittentenrisiko
- Länder-/ Transferrisiko
- Liquiditätsrisiko (Marktenge und illiquide Vermögenswerte)
- Marktrisiko
- Operationelle Risiken (u.a. Risiken aus Handels-, Abrechnungs- und Bewertungsverfahren; Rechts- und Dokumentationsrisiken; Reputationsrisiken)
- Private Equity Risiko / Erfolgsrisiko
- Rechtliche und politische Risiken
- Rohstoff-, Edelmetall- und Waren(termin)risiko
- Schwellenmarktrisiko
- Währungsrisiko
- Zinsänderungsrisiko

b) Allgemeine Risiken

Zusätzlich zu den fondsspezifischen Risiken können die Anlagen des jeweiligen Fonds allgemeinen Risiken unterliegen. Eine beispielhafte, jedoch nicht abschliessende Aufzählung befindet sich unter Punkt „Risikohinweise“ des Prospekts.

c) Risikomanagementmethode:

Zur Risikomessung gelangt der Commitment-Ansatz zur Anwendung.

I. Kosten, die aus dem AIF erstattet werden

Eine Übersicht über die Kosten, die aus dem AIF erstattet werden, sind der Tabelle „Stammdaten und Informationen des AIF und dessen Anteilsklassen“ aus lit. A dieses Anhangs A „Fonds im Überblick“ ersichtlich.

J. Performance-Fee

Als performanceorientierte Gebühr wird ein Prozentsatz der Differenz zwischen dem Nettoinventarwert pro Anteil vor Berechnung der performanceorientierten Gebühr und der zuletzt erreichten High Watermark des Fonds, multipliziert mit der Anzahl der Anteile dem Fonds als Kosten belastet.

Eine Performance Fee fällt nur an, wenn am Bewertungstag der Nettoinventarwert pro Anteil vor Belastung einer allfälligen performanceorientierten Gebühr höher ist als die bisherige High Watermark.

Anstelle des bisherigen High Watermark Wertes tritt dann der neue, höhere Wert nach Abzug der performanceorientierten Gebühr für die nächste Bewertungsperiode in Kraft. Ansonsten bleibt die High Watermark unverändert. Eine einmal erreichte High Watermark bleibt auch nach Ablauf eines Geschäftsjahres des Fonds bestehen.

Der AIFM:

Bendern, 10. Oktober 2019

Die Verwahrstelle

Vaduz, 10. Oktober 2019

CAIAC Fund Management AG

Banque Havilland (Liechtenstein) AG

Anhang B: Spezifische Informationen für einzelne Vertriebsländer

Der BP Family Office Fund ist derzeit nur in Liechtenstein zum Vertrieb zugelassen und darf im Ausland nicht öffentlich angeboten und/oder vertrieben werden.